

Freie
Hansestadt
Bremen



Der Senator für
Wirtschaft und
Häfen

Abschlussbericht

Gemeinschaftsinitiative URBAN (1994 - 1999)

**Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)
Europäischer Sozialfonds (ESF)**

EFRE Nr. 94.02.10.048
ESF Nr. 94.92.04.D8
ARINCO Nr. 94.DE.16.063

Bremen, im Februar 2003

**Der Senator für Wirtschaft und Häfen der Freien Hansestadt Bremen
Zweite Schlachtpforte 3
D-28195 Bremen**

**Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales
Contrescarpe 73
D-28195 Bremen**

Inhaltsverzeichnis	Seite
Einleitung	II
Teil A: Zusammenwirken von EFRE und ESF	
1. Grundsätzliche Verzahnung der Arbeitsmarkt- und der Wirtschaftsstrukturpolitik	A.1
2. Inhaltliche Struktur und Ausrichtung der gemeinsamen ESF-EFRE-Programme	A.3
3. Komplementarität von EFRE- und ESF-Förderung und Verbindung mit anderen Gemeinschaftspolitiken	A.6
Teil B: EFRE-Bericht nach Abschluss des Programms	
Einleitung	B.3
1. Operationelles Umfeld	B.5
2. Verwaltung und Begleitung des Programms	B.14
3. Abwicklung des Programms	B.21
4. Zwischenbewertungen	B.34
5. Kontrolltätigkeiten	B.39
6. Anhänge	B.42
Teil C: ESF-Bericht nach Abschluss des Programms	
1. Finanzielle Indikatoren	C.3
2. Statusbericht zum Stand der Programmumsetzung	C.3
3. Anhänge	C.18

Operationelles Programm

URBAN (1994 – 1999)

Freie Hansestadt Bremen

Bericht nach Abschluss der Gemeinschaftsinitiative URBAN

EFRE und ESF

Einleitung

Mit der Gemeinschaftsinitiative URBAN wurden zwischen 1994 und 1999 Maßnahmen für die Förderung städtischer Zentren bzw. Stadtteile mit besonderen wirtschaftlichen und sozialen Problemlagen finanziert.

Im Rahmen des URBAN-Programms meldete das Land Bremen als Fördergebiet den Stadtteil Gröpelingen (bestehend aus den Ortsteilen Gröpelingen, Ohlenhof, Lindenhof) an, in dem die städtischen Probleme in besonders konzentrierter Form auftraten.

Am 06.11.1995 genehmigte die Europäische Kommission mit Entscheidung K (95) 2463 das URBAN-Programm für Bremen mit einem Mittelvolumen von insgesamt 8,00 Mio ECU (davon 6,52 Mio ECU EFRE und 1,48 Mio ECU ESF), (ARINCO Nr. 94.DE.16.063, EFRE Nr. 94.02.10.048, ESF Nr. 94.92.02.D8).

Gemäß der Programmgenehmigung konnten Auszahlungen vom 04.11.1994¹ bis zum 31.12.2001 getätigt werden; die Frist zur vollständigen Bindung der Mittel endete am 31.12.1999.

Gemäß den Entscheidungen der Kommission erhöhte sich das Mittelvolumen im Programmablauf für URBAN auf insgesamt 8,288 Mio ECU (davon EFRE: 6,808 Mio ECU und ESF 1,480 Mio ECU).

¹ Einreichung des Programms

Der vorliegende Bericht zum Abschluss der URBAN-Gemeinschaftsinitiative 1994 - 1999 des Landes Bremen umfasst drei Teile: im ersten Teil (A) wird über das Zusammenwirken von ESF und EFRE berichtet, der zweite Teil (B) ist der EFRE-Abschlussbericht des Programms, der dritte und letzte Teil (C) ist der ESF-Abschlussbericht des Programms. Der EFRE-Bericht wurde vom Senator für Wirtschaft und Häfen erstellt, der ESF-Bericht vom Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales. Für Teil A des Berichtes sind beide Ressorts verantwortlich.

Teil A: Zusammenwirken von EFRE und ESF

1. Grundsätzliche Verzahnung der Arbeitsmarkt- und der Wirtschaftsstrukturpolitik

Das URBAN-Programm ist – wie auch die bremischen Ziel-2-Programme der Förderperiode 1994 - 1999 – Ausdruck einer grundsätzlichen politischen Beschlusslage zur verstärkten Integration von Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsstrukturpolitik. So erhielten Ende 1993 die beiden Ressorts Arbeit und Wirtschaft von der Senatskommission für Wirtschaftsstrukturpolitik den Auftrag, eine „Konkretisierung gemeinsamer arbeitsmarkt- und wirtschaftsstrukturpolitischer Projekte im Rahmen des WAP III vorzulegen“.

Folgende Übersicht fasst die Konzeption der beiden Ressorts zur Verknüpfung von Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsstrukturpolitik im Rahmen der bremischen Arbeitsmarktpolitischen Programme und des Wirtschaftsstrukturpolitischen Aktionsprogramms (WAP III) zusammen:

Übersicht 1: Die Verknüpfung von Arbeitsmarkt und Wirtschaftsstrukturpolitik

Die Verknüpfung von Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsstrukturpolitik		
Senator für Wirtschaft	Gemeinsam	Senator für Arbeit
	Qualifizierungsförderung	
<ul style="list-style-type: none"> • Betriebliche Weiterbildungsberatung 	<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsnahe Qualifizierungsprojekte • Außerbetriebliche Weiterbildungsträger (projektbezogene Investitionszuschüsse) • Betriebliche Qualifizierungsinvestitionen • Qualifizierungsbedarfsforschung • Anlauffinanzierung von Weiterbildungsberatungseinrichtungen 	<ul style="list-style-type: none"> • primär zielgruppenorientierte Qualifizierungsmaßnahmen • institutionelle Förderung • Weiterbildungsdatenbanken
	Innovationsförderung	
<ul style="list-style-type: none"> • WAP-Technologie-Fonds • WAP-Ökologie-Fonds 	<ul style="list-style-type: none"> • "Arbeit und Technik"-Projekte • Bremischer Innovationsfonds • Bremer Innovationsagentur 	<ul style="list-style-type: none"> • "Arbeit und Technik" • institutionelle Förderung
	Existenzgründungsförderung	
<ul style="list-style-type: none"> • WAP-Mittelstandsfonds • WAP-Technologie-fonds • WAP-Ökologie-fonds 	<ul style="list-style-type: none"> • Gründungsförderung von Zielgruppen • projektbezogene Abstimmung im Rahmen der gesamten Gründungsförderung 	<ul style="list-style-type: none"> • Beratung und Unterstützung von bestimmten Zielgruppen
	Arbeitsmarktpolitische Kriterien bei der Wirtschaftsförderung	
<ul style="list-style-type: none"> • WAP-Industrie-struktur-fonds (GRW) • WAP-Mittelstandsfonds • WAP-Gewerbeflächenfonds 	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkere Einbeziehung von arbeitsmarktpolitischen Zielgruppen im Mustergrundstücksvertrag • Berücksichtigung arbeitsmarktpolitischer Problemlagen bei der Investitionsförderung • Stärkere Einbeziehung von AFG-Instrumenten bei Ansiedlungs- oder Bestandspflegevorhaben (Kooperation WfG, AuF, Arbeitsamt u.a.) 	<ul style="list-style-type: none"> • Benennung und Überwachung der Einhaltung der beschäftigungspolitischen Auflagen • Förder-Beratung im Hinblick auf AFG und Schwerbehindertengesetz
	Verknüpfung von ABM und wirtschaftsstrukturpolitischen Aktivitäten	
	<ul style="list-style-type: none"> • Verstärkter Einsatz von ABM in wirtschaftsstrukturpolitisch bedeutsamen Maßnahmen/Projekten 	<ul style="list-style-type: none"> • ABM generell
	Sonderaspekt: Finanzierung mit EU-Mitteln	
<ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaftsstrukturpolitische Aktivitäten im Rahmen des EFRE-Teils des Ziel-2-Programms • Aktivitäten im Rahmen wirtschaftsstrukturpolitischer EU-Gemeinschaftsinitiativen (RENAVAL u.a.) 	<ul style="list-style-type: none"> • Erstellung des neuen Entwicklungsplans "Ziel 2" (u.a. Weiterentwicklung des Kohärenzfonds) • Pilotprojekte mit EFRE- und ESF-Mitteln im Rahmen des Ziel 2-Kohärenzfonds (Qualifizierungsmaßnahmen, "Arbeit und Technik"-Projekte u.a.) • Abstimmung des Ziel 4-(neu)-Programms • Aktivitäten im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative "KONVER" 	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitsmarktpolitische Aktivitäten im Rahmen des ESF-Teils des Ziel 2-Programms • Projekte im Ziel-3-Programm (ESF) • Projekte im Ziel-4-(neu)-Programm (ESF) • Aktivitäten im Rahmen arbeitsmarktpolitischer EU-Gemeinschaftsinitiativen (EUROFORM u.a.)

Quelle: Der Senator für Arbeit und Frauen / Der Senator für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Die Verknüpfung von Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsstrukturpolitik im Rahmen der bremischen arbeitsmarktpolitischen Programme und des wirtschaftsstrukturpolitischen Aktionsprogramms (WAP III), in: Senator für Arbeit und Frauen, Vorlage für die 26. Sitzung der staatlichen Deputation für Arbeit am 11. März 1994, 28.02.1994

2. Inhaltliche Struktur und Ausrichtung der gemeinsamen EFRE-ESF-Programme

Wesentliches Merkmal der URBAN-Förderung aus dem ESF ist ihre Verknüpfung als arbeitsmarktpolitische Begleitmaßnahmen mit und zu den parallelen Interventionen des EFRE im jeweiligen Stadtgebiet. Der auch im URBAN-Programm angelegte Anspruch einer Verzahnung von Qualifizierungs- und Strukturpolitik wurde in Bremen bereits in den Jahren 1990/91 erstmals zur Erstellung eines gemeinsamen Plans der zuständigen Fachressorts Arbeit und Frauen bzw. Wirtschaft, Mittelstand und Technologie umgesetzt.

Besonders deutlich wird diese Verknüpfung beim bremischen Ziel-2-Programm 1997 – 1999 (siehe Übersicht 2). Mit ihrem analogen Aufbau orientieren sich die EFRE-Prioritäten (I - IV) und die ESF-Priorität (V) an den Plänen zur Strukturentwicklung, wie sie im Wirtschaftsstrukturpolitischen Aktionsprogramm (WAP) des Landes festgelegt waren: Die Prioritäten im Programm entsprachen den drei wirtschaftsstrukturorientierten Entwicklungszielen des WAP, die im Wesentlichen unverändert bis heute gelten:

- Diversifizierung und Modernisierung des industriellen Sektors;
- Stärkung des Dienstleistungssektors, insbesondere zur Ausweitung der unternehmensbezogenen Dienstleistungen und der Förderung des Tourismus;
- Verbesserung des Schutzes der Umwelt / Wiederherrichtung von Industrie- und Militärflächen.

An diesen Zielsetzungen der Ziel-2-Programme für das Land Bremen wurde grundsätzlich festgehalten, wenn auch mit veränderten Akzentuierungen in der inhaltlichen Ausgestaltung und mit Verschiebungen in der Gewichtung der Mittelverteilung zwischen den drei Entwicklungsachsen sowie der Einführung des Kohärenzfonds „Arbeit und Wirtschaft“ im Ziel-2-Programm der Phase II (1992/1993). Das Programm der Phase III (1994 - 1996) stand ausdrücklich in dieser Kontinuität: „[...] *Kontinuität ist ein wesentliches Merkmal dieses vorliegenden Programms.*“ (EPPD, S.1, Hervorh. i. Original). Der Übergang zur Programmphase IV (1997 - 1999) brachte geringfügige Strategieergänzungen, aber keine grundlegenden Änderungen.

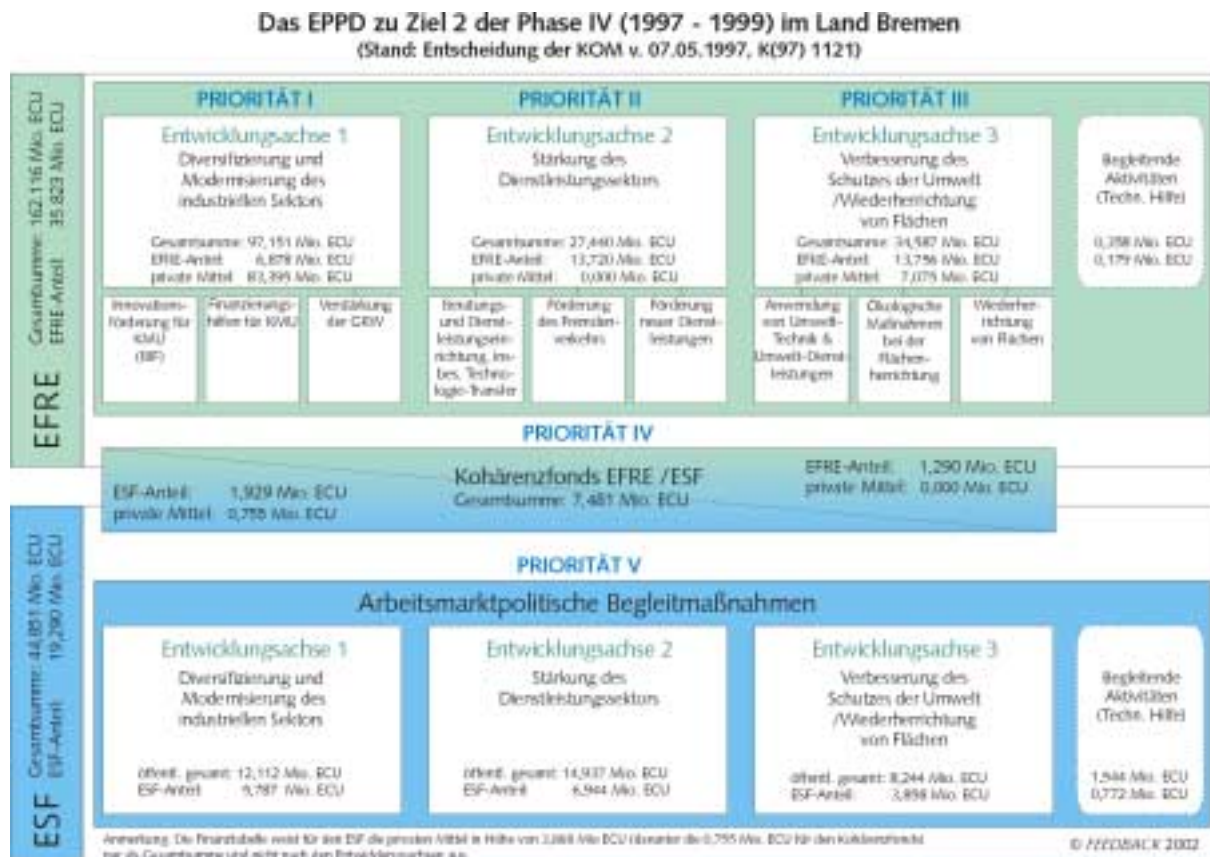
Die Programmplanungsdokumente zu den Ziel-2-Programmen 1994 - 1996 und 1997 - 1999 differenzieren fünf sogenannte *Prioritäten* oder *Entwicklungsachsen*. Die Prio-

ritäten I bis III sind ausschließlich EFRE-finanziert und entsprechen unmittelbar den oben genannten Entwicklungszielen.

Als Priorität IV ist der Kohärenzfonds EFRE / ESF ausgewiesen, an dessen Finanzierung sich beide Ressorts beteiligen und in dem gemeinsame Projekte durchgeführt werden sollen.

Die Priorität V umschließt die ausschließlich aus dem ESF geförderten Projekte und spiegelt in ihren drei Maßnahmen die wirtschaftsstrukturpolitischen Prioritäten I bis III wider.

Übersicht 2: Das bremische Ziel-2-Programm (EFRE und ESF) der Phase IV (1997 - 1999)



Anm.: Der anzuwendende Umrechnungskurs DM zu ECU lag bei 1,90228

Quelle: EPPD Ziel 2 Phase IV

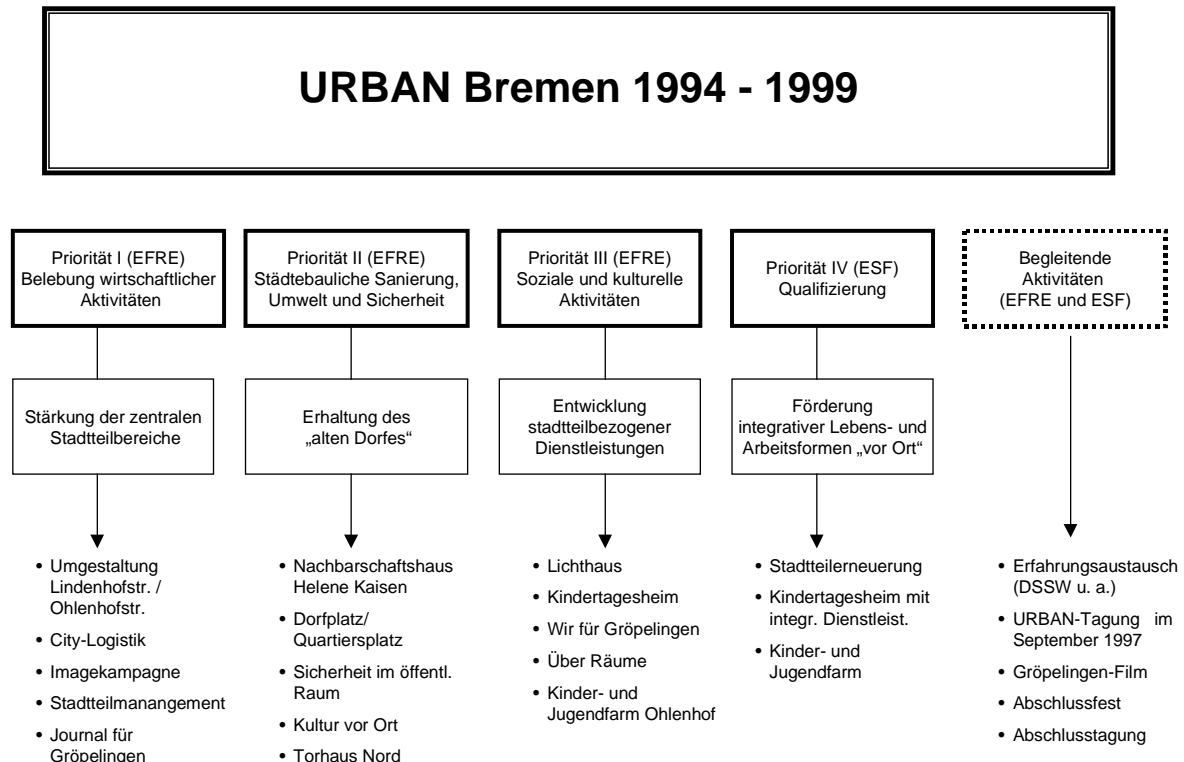
Aufbauend auf diesem Ansatz wurde auch das bremische URBAN-Programm konzipiert. Im Rahmen eines integrierten Konzepts unter Verzahnung von EFRE und ESF wurden im Zusammenwirken mit weiteren Finanzquellen städtische Probleme mit folgenden Zielsetzungen angegangen: Förderung von Unternehmensgründungen; Verbesserung der Infrastrukturen, der physischen Umgebung und der Umwelt; Schaffung von bedarfsgerechten Weiterbildungsmöglichkeiten; Gewährleistung der Chancengleichheit oder Aufbau und Unterstützung sozialer Einrichtungen.

Das URBAN-Programm war ferner verstärkt darauf ausgerichtet, eine ressortübergreifende Kultur der Zusammenarbeit zu fördern, um adäquate Lösungen von städtischen Problemen im Gesamtkontext von industriellem Strukturwandel zu finden. Das praktizierte Zusammenspiel von EFRE- und ESF-Förderungen in diversen Einzelprojekten und im Rahmen der ressortübergreifenden Koordinierungsrunde zur Programmbegleitung hat hier eine integrierende Wirkung gehabt und zu entsprechenden Wechselwirkungen geführt.

Während die EFRE-Maßnahmen im URBAN-Programm in den Prioritäten I bis III umgesetzt wurden, wurden die arbeitsmarktpolitischen Begleitmaßnahmen aus ESF-Mitteln in der Priorität IV „Qualifizierung - Förderung integrativer Lebens- und Arbeitsformen“ umgesetzt. Die Qualifikations- und beschäftigungsfördernden Aktivitäten des ESF waren dabei von besonderer Bedeutung, um Projekte in ihrer Wirkung auf das Programmgebiet zu unterstützen. Eine enge Abstimmung der ESF-Aktivitäten auf die anderen Prioritäten mit der EFRE-Förderungen wurde insbesondere durch die Verbesserung der Infrastrukturen, die Anregung der wirtschaftlichen Aktivitäten und die enge räumliche Bindung der Projekte im Stadtteil erreicht.

Dabei wurde an den in anderen EU-Programmen und -Projekten gewonnenen Erfahrungen angeknüpft. Die umgesetzten Projekte waren in die städtische Strategie eingebunden und wiesen eine hohe Kohärenz mit den anderen bremischen EU-Programmen (Ziel 2 und andere Gemeinschaftsinitiativen) sowie darüber hinausgehend mit der gesamten regionalen Struktur- und Arbeitsmarktpolitik im Lande Bremen auf.

Die Struktur des URBAN-Programms 1994 –1999 des Landes Bremen



3. Komplementarität von EFRE- und ESF-Förderung und Verbindung mit anderen Gemeinschaftspolitiken

Das Land Bremen verfügt - wie eingangs erwähnt - über langjährige Erfahrungen im Bereich der Verknüpfung der EFRE- mit der ESF-Förderung, die sich aus der Praxis der Ziel-2-Förderung seit Ende der 80er Jahre ableitet und von Beginn an ein Zusammenwirken von ESF- und EFRE-Förderung beinhaltete. Diese Verzahnungsstrategie wurde auch im URBAN-Programm (1994 – 1999) umgesetzt und wird auch in den Programmen der aktuellen Förderperiode 2000 - 2006 fortgesetzt, wenngleich keine ESF-Mittel direkt in den Programmen (URBAN II bzw. Ziel 2 (2000 – 2006)) eingesetzt werden, sondern ein programmübergreifender Integrationsansatz verfolgt wird.

In der Förderperiode 1997 - 1999 und den vorhergehenden Perioden stand hingegen ein programminternes Zusammenwirken von EFRE und ESF im Mittelpunkt.

Die regionalpolitischen Programmschwerpunkte des bremischen URBAN-Programms wurden zudem durch bremische ESF-Förderungen im Rahmen des Ziel-3- und Ziel-4-Programms flankiert.

Die Strategien und Schwerpunkte der Qualifizierungs- und Beschäftigungspolitik des Landes korrespondieren – wie dargestellt – mit den Schwerpunkten der bremischen EU-Programme: Die Entwicklung hin zu einem regionalen Dienstleistungsarbeitsmarkt, die Förderung des Technologietransfers, des Unternehmergeistes und die Entwicklung der Wissens- und Informationsgesellschaft sind hier als Ziele verankert. Damit erfolgte eine zusätzliche Integration von EFRE und ESF-Förderungen. Die konzeptionelle und strategische Verschränkung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des Landes bot so die Chance, inhaltliche und finanzielle Synergieeffekte zu realisieren.

In diesem Zusammenhang waren im Programmverlauf der Gemeinschaftsinitiative URBAN – wie auch im Ziel-2-Programm – zunehmend insbesondere folgende strategische Ausrichtungen von Bedeutung:

- Berücksichtigung der **Gleichstellung von Frauen und Männern**: Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist ein allgemeines Ziel des ESF und hatte in der Umsetzung der Förderung einen hohen Stellenwert. Das Land Bremen wird das Prinzip der Chancengleichheit im Sinne der EU („gender-mainstreaming-Ansatz“) weiterhin umzusetzen versuchen. Das bedeutet, dass alle Programme, Maßnahmen und Initiativen so gestaltet sein müssen, dass sie der Gleichstellung von Frauen und Männern im Rahmen der Chancengleichheit beim Zugang zum Arbeitsmarkt Rechnung tragen. (s. dazu auch Teil B, Kapitel 2.6)
- Berücksichtigung der **nachhaltigen Entwicklung**: Unter dem Begriff „Nachhaltige Entwicklung“ wird ein Entwicklungsmodell verstanden, mit dem drei Ziele angestrebt werden, die sowohl für die heutigen als auch die zukünftigen Generationen erreichbar sein sollen: dauerhaftes Wirtschaftswachstum, sozialer Zusammenhalt durch Beschäftigung und hohe Lebensqualität für alle, Verbesserung und Erhaltung der lebensnotwendigen natürlichen Ressourcen. Da es sich hier hauptsächlich

lich um Maßnahmen der regionalen Entwicklung, die in den Bereichen Wirtschaft und Umwelt anzusiedeln sind, handelt, hat der ESF einen flankierenden Beitrag durch verschiedene Interventionsformen wie z. B. Maßnahmen zur beruflichen Bildung oder Beschäftigung im Umweltbereich geleistet. (s. dazu auch Teil B, Kapitel 2.6)

Freie
Hansestadt
Bremen



Der Senator für
Wirtschaft und
Häfen

Teil B

Abschlussbericht

Gemeinschaftsinitiative URBAN (1994 - 1999)

Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)

EFRE Nr. 94.02.10.048
ARINCO Nr. 94.DE.16.063

Bremen, im Februar 2003

Der Senator für Wirtschaft und Häfen der Freien Hansestadt Bremen
Zweite Schlachtpforte 3
D-28195 Bremen

Sven Wiebe
Tel. ++49 421 361-8620
Fax: ++49 421 361-8810
sven.wiebe@wuh.bremen.de

Thomas Schwender
Tel. ++49 421 361-2574
Fax: ++49 421 361-8810
thomas.schwender@wuh.bremen.de

Ulrike Krumsee-Budde
Tel. ++49 421 361-8443
Fax: ++49 421 361-8810
ulrike.krumsee-budde@wuh.bremen.de

INHALT	Seite
Einleitung	B.3
1 Operationelles Umfeld	B.5
1.1 Beschreibung der signifikanten Entwicklungen der Wirtschaft und Beschäftigung im Programmzeitraum	B.5
1.2 Auswirkungen von Veränderungen der wirtschaftlichen und sozialen, politischen und rechtlichen Situation auf die Durchführung des Programms	B.10
1.3 Einhaltung besonderer Durchführungsbestimmungen oder im Rahmen der Partnerschaft vereinbarter Bedingungen	B.11
1.4 Verbindung oder Komplementarität mit den anderen Programmen der Strukturfonds inklusive der Gemeinschaftsinitiativen im Land Bremen	B.11
1.5 Übereinstimmung mit anderen Politiken sektoraler, regionaler und nationaler Art	B.12
2 Verwaltung und Begleitung des Programms	B.14
2.1 Änderungen der Verwaltungs- und Begleitsysteme	B.14
2.2 Tätigkeit des Begleitausschusses	B.15
2.3 Änderungen der Finanztabellen	B.16
2.4 Inanspruchnahme der Technischen Hilfe	B.17
2.5 Information und Publizität	B.17
2.6 Beachtung der Gemeinschaftspolitiken	B.19
3 Abwicklung des Programms	B.21
3.1 Finanzielle Abwicklung	B.21
3.2 Durchführung der Maßnahmen	B.22
3.2.1 Belebung wirtschaftlicher Aktivitäten	B.22
3.2.2 Städtebauliche Sanierung, Umwelt und Sicherheit	B.26
3.2.3 Soziale und kulturelle Aktivitäten	B.29
3.3 Zusammenfassung	B.33
4 Zwischenbewertungen	B.34
5 Kontrolltätigkeiten	B.39
5.1 Etwaige Änderungen des Kontrollsystems	B.39
5.2 Kontrollen durch die zuständigen Behörden	B.39
5.3 Ergebnisse dieser Tätigkeiten, aufgedeckte und mitgeteilte Unregelmäßigkeiten, getroffene Maßnahmen	B.41
5.4 Maßnahmen im Anschluss an die Bemerkungen im Zusammenhang mit den Kontrollbesuchen der Gemeinschaftsinstanzen (Rechnungshof, Kommission)	B.41
6 Anhänge	B.41

Operationelles Programm

URBAN (1994 – 1999)

Freie Hansestadt Bremen

EFRE-Bericht zum Abschluss der Gemeinschaftsinitiative URBAN

Einleitung

Mit der Gemeinschaftsinitiative URBAN wurden zwischen 1994 und 1999 Maßnahmen für die Förderung städtischer Zentren bzw. Stadtteile mit besonderen wirtschaftlichen und sozialen Problemlagen finanziert.

Im Rahmen des URBAN-Programms meldete das Land Bremen als Fördergebiet den Stadtteil Gröpelingen (bestehend aus den Ortsteilen Gröpelingen, Ohlenhof, Lindenhof) an, in dem die städtischen Probleme in besonders konzentrierter Form auftraten.

Am 06.11.1995 genehmigte die Europäische Kommission mit Entscheidung K (95) 2463 das URBAN-Programm für Bremen mit einem Mittelvolumen von insgesamt 8,00 Mio ECU (davon 6,52 Mio ECU EFRE und 1,48 Mio ECU ESF), (ARINCO Nr. 94.DE.16.063, EFRE Nr. 94.02.10.048, ESF Nr. 94.92.02.D8). Der Kofinanzierungssatz für den EFRE liegt durchgängig bei 50 %.

Gemäß der Programmgenehmigung konnten Auszahlungen vom 04.11.1994² bis zum 31.12.2001 getätigt werden, die Frist zur vollständigen Bindung der Mittel endete am 31.12.1999.

Die Europäische Kommission genehmigte für URBAN drei Änderungsanträge: zweimal wurden Indexierungsmittel für die Jahre 1995 – 1998 eingestellt, die letzte Änderung war eine Mittelverschiebung zwischen den Schwerpunkten (s. auch 2.3).

² Tag der Programmeinreichung bei der Europäischen Kommission

Gemäß den Entscheidungen der Kommission erhöhte sich das Mittelvolumen im Programmablauf für URBAN auf insgesamt 8,288 Mio ECU (davon EFRE: 6,808 Mio ECU und ESF 1,480 Mio ECU). Der Senator für Wirtschaft und Häfen geht bei Anwendung unterschiedlicher ECU-Wechselkurse bis zur Einführung des EURO während des Programmzeitraums nur für den EFRE-Anteil rechnerisch von einem Programmgesamtvolumen (öffentliche Mittel) von DM 26.304.588 (entsprechend DM 13.152.294 EFRE-Mittel) aus, das zur Auszahlung bereitsteht.

Die Auszahlungen erfolgen bis zum Ende des Programms in DM, daher werden in diesem Bericht überwiegend DM-Beträge genannt, die teilweise gerundet wurden. Die genauen Beträge ergeben sich aus den Finanztabellen im Anhang (ab S. B.42).

1 Operationelles Umfeld

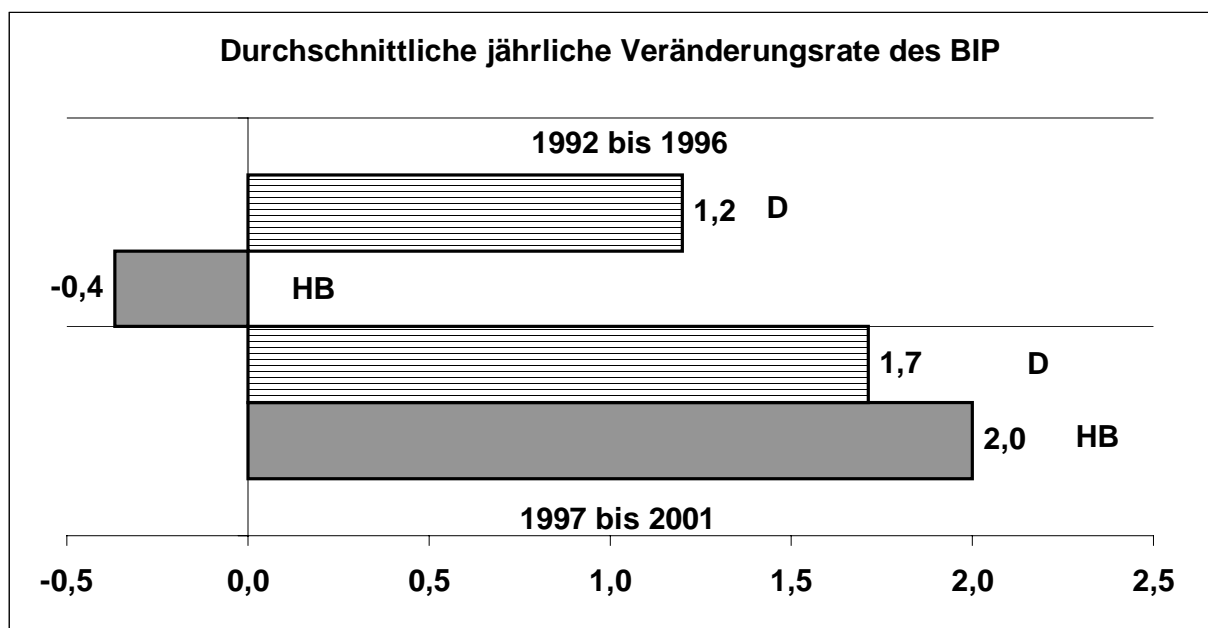
1.1 Beschreibung der signifikanten Entwicklungen der Wirtschaft und Beschäftigung im Programmzeitraum

Im Fünfjahreszeitraum 1997 bis 2001 übertraf das **reale Wirtschaftswachstum** im Land Bremen mit 9,8 % den Wert des gesamten Bundesgebietes (8,6 %) um 1,2 %-Punkte. Dem lagen durchschnittliche jährliche Wachstumsraten von knapp 2,0 % im Land Bremen zugrunde gegenüber durchschnittlichen Zuwächsen von ca. 1,7 % p.a. auf Bundesebene.

Der vorgehende Fünfjahreszeitraum 1992 bis 1996 war dagegen im Land Bremen geprägt durch einen realen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um -1,8 %. Im Bundesgebiet kam es demgegenüber zu einem realen Anstieg des BIP um 6,0 %.

Bremen hat mit dem Wachstumsergebnis im Förderzeitraum den **Anschluss an die Wachstumsentwicklung des gesamten Bundesgebietes** wieder hergestellt und erste Erfolge im schrittweisen Ausgleich der bereits in den 80er Jahren und fortgesetzt in der ersten Hälfte der 90er Jahre eingetretenen Wachstumslücke erzielt (Abbildung 1).

Abbildung 1: Wirtschaftswachstum in den letzten beiden Fünf-Jahres-Zeiträumen (1992/1996 und 1997/2001) im Land Bremen und in Deutschland



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, eigene Berechnungen

Die **Beschäftigungsentwicklung im Land Bremen** folgte der Belebung des Wirtschaftswachstums im Förderzeitraum mit dreijähriger Verzögerung. So waren von 1993 bis in das Jahr 1999 hinein zum Teil hohe Beschäftigungsverluste zu verzeichnen, die sich auf knapp 30.000 Arbeitsplätze summierten. Im Jahr 2000 kam es dagegen mit einem kräftigen **Beschäftigungsaufbau** um etwa 8.000 Personen zu einer Umkehr dieses Trends, der auch im Jahr 2001 mit etwa 1.600 zusätzlichen Erwerbstätigen anhielt. Insgesamt konnte im Jahr 2001 mit über 388.000 Arbeitsplätzen im Land Bremen der Stand des Jahres 1995 wieder erreicht werden.

Demgegenüber verlief die Beschäftigungsentwicklung im gesamten Bundesgebiet positiver und führte bereits im Jahre 1998 zu einem anhaltenden Zuwachs an Arbeitsplätzen (Tabelle 1).

Tabelle 1: Beschäftigungsentwicklung im Land Bremen und in Deutschland (1992 – 2001)

	Erwerbstätige Jahresdurchschnitt									
	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Land Bremen (in 1000)	409,3	402,9	397,4	388,7	383,1	384,6	381,2	380,0	386,5	388,1
Veränderung in %	1,0	- 1,6	- 1,4	- 2,2	- 1,4	0,4	- 0,9	- 0,3	1,7	0,4
Deutschland (in Mio.)	37,9	37,4	37,3	37,4	37,3	37,2	37,5	38,1	38,7	38,8
Veränderung in %	- 1,5	- 1,4	- 0,2	0,2	- 0,3	- 0,2	0,9	1,4	1,6	0,1

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, eigene Berechnungen

Nach Wirtschaftsabteilungen war das verarbeitende Gewerbe die **Achillesferse der bremischen Beschäftigungsentwicklung** in den 90er Jahren. Im Fünf-Jahres-Zeitraum 1992 bis 1996 gingen hier etwa 18.000 Arbeitsplätze verloren. Dieser Trend setzte sich verlangsamt noch bis 1998 fort. Ursächlich ist hier insbesondere der Zusammenbruch des Bremer Vulkanwerftenverbundes und damit der erhebliche Rückgang der Beschäftigung im Schiffbau. Erst im Jahre 1999 kam es zu einer **Stabilisierung im verarbeitenden Gewerbe**.

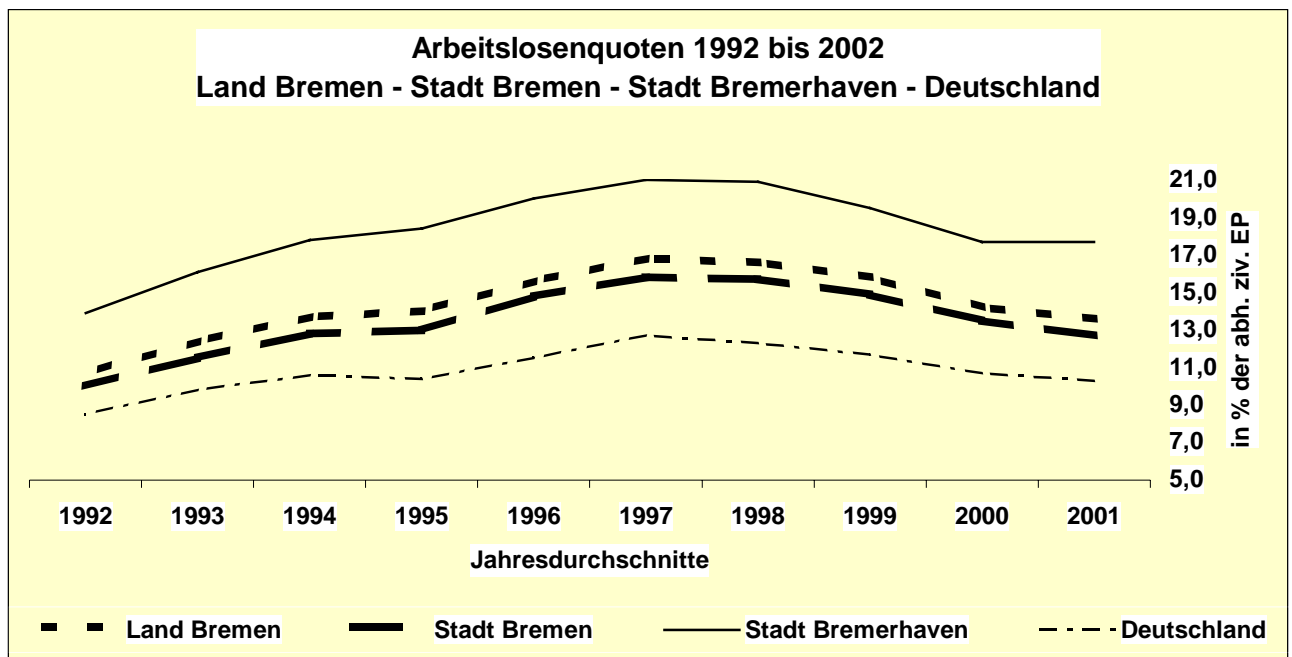
Diese Stabilisierung ging einher mit einer kräftigen **Expansion der Dienstleistungen**. Insbesondere die unternehmensbezogenen Dienstleistungen erreichten in den Jahren 1999 bis 2001 Wachstumsraten zwischen 6 und 9 % und lagen damit erheblich über dem Bundesdurchschnitt.

Die Betrachtung der Beschäftigungsentwicklung macht zweierlei deutlich: Zum einen zeigen die Beschäftigungsverluste im verarbeitenden Gewerbe, dass die bremische Wirtschaft im Verlauf der 90er Jahre noch einmal erheblichen Strukturbrüchen unterworfen war, deren Folgen trotz Beschäftigungsgewinnen bei den Dienstleistungen noch nicht kompensiert werden konnten. Zum anderen deutet die eingetretene Stabilisierung der Industrie und die Expansion der unternehmensbezogenen Dienstleistungen seit dem Jahre 1999 eine **Angleichung an das sektorale Entwicklungsmuster** der bundesweiten Beschäftigungsentwicklung an.

Die **Arbeitslosigkeit** erreichte im Jahresverlauf 1997 mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 16,8 % (bezogen auf alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen) im Land Bremen ihren Höhepunkt. Die Quote kletterte seit Beginn der 90er Jahre von knapp über 10 % auf diesen Höchstwert im Jahre 1997 und spiegelte damit deutlich die Folgen der in den 90er Jahren erneut virulent gewordenen Strukturkrisen der bremischen Wirtschaft am Arbeitsmarkt wieder.

Gegenüber der hohen bremischen Quote betrug die Arbeitslosenquote des Jahres 1997 im Bund 12,7 % und lag damit mehr als 4 %-Punkte unter der des Landes Bremen. Seit dem Jahr 1997 geht die Zahl der Arbeitslosen im Land Bremen wieder kontinuierlich zurück. Die Jahre 1999, 2000 und 2001 zeigen dabei mit einem leicht überdurchschnittlichen Rückgang eine erfreuliche Tendenz (Abbildung 2). Gleichwohl lag die landbremische Quote mit 3,3 %-Punkten im Jahr 2001 nach wie vor erheblich über der des Bundes (10,3 %).

Abbildung 2: Entwicklung der Arbeitslosigkeit



Quelle: Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Bundesanstalt für Arbeit, eigene Berechnungen

Abbildung 2 zeigt auch die **Spaltung des bremischen Arbeitsmarktes** auf: So betrug der Abstand der Quote der Stadt Bremerhaven zur Quote der Stadt Bremen zu Beginn der 90er Jahre etwa 3 %-Punkte und vergrößerte sich bis 1997/98 auf über 4 %-Punkte. Die Quote Bremerhavens erreichte zu diesem Zeitpunkt einen historischen Höchststand von 21 %. In den Jahren 1999 und 2000 konnte dieser Abstand erstmals wieder durch einen überdurchschnittlichen Rückgang der Zahl der Arbeitslosen verringert werden. Das Jahr 2001 brachte jedoch keine weitere Entlastung auf dem Arbeitsmarkt der Stadt Bremerhaven. Die Arbeitslosenquote verharrte auf dem hohen Niveau des Vorjahres bei 17,7 %.

Auch die **Arbeitslosenquote der Frauen** stieg bis 1997 kontinuierlich auf 15,1 % an und ist seither rückläufig. Im Durchschnitt des Jahres 2001 lag die Frauenquote bei 11,8 %. Eine Besonderheit des bremischen Arbeitsmarktes spiegelt sich im Vergleich der Frauenarbeitslosenquoten mit denen der Männer. Im gesamten Beobachtungszeitraum lag die Quote der Frauen etwa 2 bis 3 % unter der der Männer. Dies ist unmittelbar darauf zurückzuführen, dass die strukturelle und konjunkturelle Krise Bremen in den 90er Jahren traditionell männliche Beschäftigungsdomänen im Produktionssektor und im verarbeitenden Gewerbe traf und dadurch mehr Männer als Frauen arbeitslos wurden. Die auch im Land Bremen insgesamt ungünstige Ar-

beitsmarktsituation für Frauen wird somit erst durch den Bundesvergleich deutlich: Im gesamten Verlauf der 90er Jahre bis an den aktuellen Rand betrug der Abstand der Frauenquote des Landes Bremen zur durchschnittlichen Frauenquote des Bundes zwischen 1,5 und 2 %-Punkte.

Insgesamt zeigt die Entwicklung, dass Bremen analog zur Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung auch bei der Arbeitslosigkeit bis in die Mitte der 90er Jahre hinein von massiven Rückschlägen betroffen war. Die Entwicklung zeigt aber auch, dass Bremen in der zweiten Hälfte der 90er Jahre den **Entwicklungspfad des Bundes** eingeschlagen hat und sogar mit den Ergebnissen der Jahre 2000 und 2001 einen Beitrag leisten konnte, die in den Vorjahren entstandenen Wachstums- und Beschäftigungslücken gegenüber der gesamtdeutschen Entwicklung schrittweise abzubauen.

Gleichwohl darf diese positive Entwicklung nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Land Bremen, insbesondere aber die Stadt Bremerhaven nach wie vor zu den regionalen Brennpunkten der Arbeitslosigkeit in Deutschland gehört.

Um die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in Bremen und Bremerhaven einschätzen zu können, ist ein Vergleich zu den Ziel-2-Regionen in der EU sinnvoll. Die folgenden Angaben stammen aus dem 'Sechsten Periodischen Bericht über die sozioökonomische Lage und Entwicklung der Regionen in der Union', der im Februar 1999 von der Europäischen Kommission vorgelegt wurde. Es zeigt sich, dass die Entwicklung in Bremen nur z. T. vergleichbaren Mustern wie in anderen Ziel-2-Regionen folgt. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote in den Ziel-2-Regionen der EU hat sich seit Anfang der 90er Jahre um ca. einen Prozentpunkt über dem EU-Durchschnitt gehalten. Seit 1993 ist diese Quote leicht rückläufig (von 12,3 auf 11,9% zwischen 1993 und 97, nach EUROSTAT-Daten), während in Bremen die Arbeitslosigkeit erst im Jahre 1997 ihren Höhepunkte erreichte und seitdem wieder leicht abnimmt.

Die Beschäftigung stieg in den Ziel-2-Regionen zwischen 1989 und 1997 leicht – um 0,1% pro Jahr im Durchschnitt – an und lag mit einem Plus von 0,2 % etwas über der Beschäftigungszunahme in der EU. Demgegenüber hatte Bremen bis in das Jahr 1999 massive Beschäftigungsverluste im verarbeitenden Gewerbe zu verkraften, die durch Beschäftigungsgewinne bei den Dienstleistungen (noch) nicht ausgeglichen werden konnten.

Aussagen zur sozio-ökonomischen Entwicklung im Programmgebiet können nur begrenzt getroffen werden, da kaum Daten auf Ortsteil-Ebene verfügbar sind. Am 31.12.1999 lebten 25.445 Menschen im URBAN-Gebiet, davon 12.859 Frauen (50,54 %), Bremen-Stadt hatte zur selben Zeit 540.330 Einwohner, davon 280.891 Frauen (51,99 %). Vor Beginn des URBAN-Programms hatte Bremen-Stadt 551.604 Einwohner, im URBAN-Programmgebiet lebten 26.672 Einwohner (jeweils Stand 31.12.1993). Der Rückgang der Bevölkerung für Bremen-Stadt liegt bei 2,04 % (11.274 Einwohner), im URBAN-Gebiet ging die Bevölkerung um 1.227 Einwohner zurück, das entspricht 4,60 %.

Betrachtet man die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in der Zeit vom 30.09.1999 zum 30.09.2001 ist sowohl für Bremen-Stadt als auch für das URBAN-Gebiet ein Rückgang der Arbeitslosen festzustellen: in Bremen-Stadt sank die Zahl der Arbeitslosen von 33.047 (30.09.1999) auf 30.159 (30.09.2001), dies entspricht einem Rückgang von 8,74 %. Im URBAN-Gebiet waren am 30.09.1999 2.059 Arbeitslose gemeldet, zum 30.09.2001 sank diese Zahl um 6,36 % auf 1.928. Während in diesem Zeitraum für Bremen Stadt der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen bei etwa 40 % lag, betrug er im URBAN-Gebiet etwa 30 %.

In dem Zwei-Jahres-Zeitraum 30.06.1998 bis 30.06.2000 stieg sowohl in Stadt Bremen als auch im URBAN-Gebiet der Anteil der Sozialversicherungspflichtigen an: in Bremen-Stadt stieg die Zahl von 234.117 am 30.06.1998 auf 238.628 am 30.06.2000. Dies entspricht einem Zuwachs von 1,93 %. Im URBAN-Gebiet stieg die Zahl der Sozialversicherungspflichtigen von 6.713 am 30.06.1998 auf 7.587 am 30.06.2000. Dies entspricht einer Steigerung von 13,02 %. Der Frauenanteil der Sozialversicherungspflichtigen lag jeweils bei etwa 40 %.³

1.2 Auswirkungen von Veränderungen der wirtschaftlichen und sozialen, politischen und rechtlichen Situation auf die Durchführung des Programms

Die wirtschaftliche Lage des URBAN-Gebietes als auch Bremens hat sich im Programmverlauf verbessert, der Rückstand der Region gegenüber dem Bundesgebiet konnte jedoch nicht vollständig aufgeholt werden. Damit haben sich keine gravierenden Änderungen in der wirtschaftlichen und sozialen Situation und somit auch keine Einflüsse auf die Ausgestaltung des Programms ergeben.

³ Quelle: Statistisches Landesamt Bremen

Veränderungen der politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen, die einen besonderen Einfluss auf die Durchführung des Programms gehabt hätten, traten im Programmverlauf nicht auf.

1.3 Einhaltung besonderer Durchführungsbestimmungen oder im Rahmen der Partnerschaft vereinbarter Bedingungen

Besondere Durchführungsmodalitäten, wie z.B. Suspensivklauseln, wurden für das Programm nicht festgelegt. Die Abwicklung des Programms erfolgte entsprechend den Entscheidungen der Kommission K (95) 2463 vom 06.11.1995, K (97) 3455 vom 05.12.1997, K (99) 3078 vom 20.10.1999 und K (2000) 305 vom 03.03.2000.

1.4 Verbindung und Komplementarität mit den anderen Programmen der Strukturfonds im Land Bremen

Das Land Bremen verfügt über langjährige Erfahrungen im Bereich der **Verknüpfung der EFRE- mit der ESF-Förderung**, die seit Beginn der Ziel-2-Förderung Ende der 80er Jahre praktiziert wird (s.o., Teil A des Berichts). Diese Verzahnungsstrategie wird auch in den Programmen der Förderperiode 2000 - 2006 fortgesetzt.

Die regionalpolitischen Programmschwerpunkte der bremischen EFRE-Programme wurden z.T. durch bremische ESF-Förderungen im Rahmen des Ziel-3-Programms flankiert. Die Strategien und Schwerpunkte der Qualifizierungs- und Beschäftigungspolitik des Landes korrespondieren mit den Schwerpunkten der EFRE-Programme.

Wesentliche Ziele der Bremer Strukturpolitik sind die Entwicklung hin zu einem regionalen Dienstleistungsarbeitsmarkt, die Förderung des Technologietransfers, des Unternehmergeistes und die Entwicklung der Wissens- und Informationsgesellschaft.

Die konzeptionell und strategisch enge Verzahnung bremischer Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik mit anderen relevanten Politikfeldern im Bereich der Wirtschafts-, Struktur-, Umwelt- und Technologiepolitik bietet die Chance, inhaltliche und finanzielle Synergieeffekte zu realisieren.

1.5 Übereinstimmung mit anderen Politiken sektoraler, regionaler und nationaler Art

Das Land agierte im Förderzeitraum im Bereich Wirtschaft und Beschäftigung mit zahlreichen Initiativen und Programmen, vor allem dem **Wirtschaftspolitischen Aktionsprogramm (WAP)**, dem **Investitionssonderprogramm (ISP)** und dem **Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm (BAP)**. Bezüglich der EFRE-Interventionen nimmt das WAP konzeptionell und finanziell eine besondere Stellung ein.

Das **WAP** wurde erstmals im Jahre 1984 aufgelegt und stellt für die EFRE-Interventionen des Landes die wesentliche Kofinanzierungsquelle dar. Zentrales Ziel des WAP ist die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Das WAP wird durch folgende Teilziele konkretisiert:

- Steigerung der Produktivität der Wirtschaft
- Stärkung und Modernisierung der mittelständischen Unternehmen
- Stabilisierung der industriellen Kerne durch Modernisierung
- Stärkung des Dienstleistungssektors
- Erschließung von weiteren Wachstumsfeldern

Um sich innerhalb einer veränderten internationalen Arbeitsteilung erfolgreich positionieren zu können, wird im WAP die Strategie einer allgemeinen Verbesserung der Standortbedingungen durch den gezielten Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur verfolgt. Dabei sind vorhandene infrastrukturelle Schwächen abzubauen und Standortvorteile konsequent zu nutzen. Dies betrifft die Bereiche Wissenschaft und Forschung, Flächenerschließung und Bereitstellung sowie Verkehr und Logistik.

Zur Umsetzung dieser Strategien und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Bremen bedient sich das WAP unter Einbeziehung der Interventionen der EU entsprechender Landesprogramme und kommunaler Wirtschaftsförderungsmaßnahmen:

- der einzelbetrieblichen Förderung (Investitionsförderung im Rahmen der GA⁴ bzw. im LIP⁵; Projektförderung insbesondere im FuE-Bereich),
- der Schaffung hochwertiger allgemeiner Infrastruktur, vorrangig in den Bereichen Verkehr, Wissenschaft und Forschung sowie Kultur,
- der Gewerbeflächenerschließung für direkte industriell-gewerbliche Nutzungen und Dienstleistungsprojekte sowie
- der Bereitstellung nicht-materieller Infrastruktur in Form vielfältiger Beratungsangebote und Transfereinrichtungen.

Aus dem WAP standen zwischen 1994 und 2001 jahresdurchschnittlich ca. 126 Mio. DM für investive und infrastrukturelle Maßnahmen zur Verfügung.

Die EFRE-Förderung wurde vor allem im Hinblick auf wirtschafts- und beschäftigungspolitische Programme des Landes komplementär zu anderen regionalen Politiken umgesetzt. Neben dem WAP als vorrangige Komplementärfinanzierungsquelle für die Interventionen des EFRE ist in erster Linie das **Investitionssonderprogramm (ISP)** zu nennen.

Das ISP stellt mit einem Gesamtvolumen von ca. 4,8 Mrd. DM in den Jahren 1994 bis 2004 die aktive wirtschaftspolitische Säule des bremischen Sanierungsprogramms dar. Das Bundesverfassungsgericht hatte in seinem Urteil vom 27. Mai 1992 für Bremen eine extreme Haushaltsnotlage konstatiert, die sich in einer Verletzung des Grundgesetzes (Art. 115 und 109 Abs. 2) ausdrückt. Bund und Länder wurden damit verpflichtet, wirksame Hilfestellung zur Stabilisierung der Finanzlage, vor allem durch Entschuldung, zu leisten. Voraussetzung hierfür war allerdings das Bremen ein Sanierungsprogramm aufstellt und durchführt, in dem es sich verpflichtet einen erheblichen Eigenbeitrag zur Sanierung Bremens zu leisten, u.a. durch Begrenzung des Haushaltswachstums (auf 3 % p.a.) und auf Grund der Entschuldung des Bundes und Länder eingesparte Zinsen für zusätzliche Investitionen zur Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft einzusetzen.

Das ISP gliedert sich in vier Bereiche:

⁴ GA = Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur

⁵ LIP = Landesinvestitionsförderprogramm

- die Aufstockung des Wirtschaftspolitischen Aktionsprogramms (WAP), mit dem die vorhandenen Instrumente der bremischen Wirtschaftsförderung u.a. in den Feldern Technologie, Ökologie und Dienstleistungen durch entsprechende Infrastrukturprojekte ergänzt werden (1,5 Mrd. DM);
- den Schwerpunkt FuE/Ausbau der wissenschaftlichen Infrastruktur, in dem u.a. Technologieinfrastrukturen und Verbundprojekte Wissenschaft-Wirtschaft gefördert werden (1,1 Mrd. DM);
- den Programmteil Schwerpunktprojekte, bei dem es um Flächen- und Infrastrukturprojekte in Bremen und Bremerhaven geht (9 Großprojekte, ca. 1,4 Mrd. DM);
- und schließlich den Programmteil Verkehrsprojekte (0,66 Mrd. DM), mit deren Hilfe eine Reihe wichtiger Verkehrsverbindungen finanziert werden.

Das **BAP** – das federführend vom Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales der Freien Hansestadt Bremen verwaltet wird – integriert im Rahmen der Ziel-2-Förderung die Interventionen des Europäischen Sozialfonds in die Arbeitsmarktpolitik des Landes Bremen. Es soll die operativen Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik bündeln und zu einem bedarfsgerechten Einsatz beitragen, damit die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit unmittelbar bekämpft und der Arbeitsmarkt entlastet wird. Dabei sollen benachteiligte Personengruppen stärker gefördert werden, um sie beruflich wieder einzugliedern. Zugleich soll der notwendige Strukturwandel in der Region durch gezielte Maßnahmen unterstützt und sozialverträglich gestaltet werden.

2 Verwaltung und Begleitung des Programms

2.1 Änderungen der Verwaltungs- und Begleitsysteme

Das **Verwaltungs- und Begleitsystem** ist bis auf kleinere organisatorische Änderungen aufgrund interner Umstrukturierungen während des Programmzeitraums erhalten geblieben. Die Fondsverwaltung für den EFRE wurde durch den Senator für Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Europaangelegenheiten (seit 1999: Senator für Wirtschaft und Häfen) der Freien Hansestadt Bremen koordiniert und durchgeführt.

In die Annahme und Begutachtung von Projekt-Anträgen für URBAN im Rahmen des EFRE-Teils sind neben den fachzuständigen Referaten beim Senator für Wirtschaft und Häfen auch die fachzuständigen Referate des Senators für Bau und Umwelt sowie des Sozialressorts beteiligt gewesen.

Die Programmsteuerung findet im Referat 'Regional- und wirtschaftspolitische Programme' statt, welches auch die Verwaltungsbehörde für die EFRE-Programme der Periode 2000 - 2006 des Senators für Wirtschaft und Häfen der Freien Hansestadt Bremen darstellt.

Kontrolltätigkeiten im Zuge des Inkrafttretens der 'Kontrollverordnung' (EG 2064/97) werden von einer 'Unabhängigen Stelle' beim Wirtschaftssenator wahrgenommen. Seit Dezember 2000 ist die Unabhängige Stelle der Innenrevision zugeordnet und damit direkt an die Hausleitung angebunden worden. Die Unabhängige Stelle unterliegt bezüglich ihrer Aufgabenwahrnehmung keiner Weisungsbefugnis.

2.2 Tätigkeit des Begleitausschusses

Neben der Verwaltung der Gemeinschaftsinitiative URBAN über den nationalen Ziel-2-Begleitausschuss, der im Programmzeitraum (bis November 1999) jährlich zweimal tagte, wurden durch die fondsverwaltenden Behörden ab 1994 die Wirtschafts- und Sozialpartner auf Landesebene in etwa gleichem Rhythmus im Rahmen von Konsultationsrunden an der Begleitung des Programmes beteiligt. Gegenstand der Konsultationsrunden war u.a. die

- Information über den Programmverlauf und -änderungen und die Durchführung einzelner Projekte;
- Diskussion der Evaluierungsergebnisse;
- Information über die Beschlüsse des nationalen Begleitausschusses und Änderungen des Rechtsrahmens für die Strukturfonds;
- Information über die Perspektiven der EU-Strukturfondsförderung für 2000-2006.

Eine Billigung dieses Abschlussberichtes erfolgt gemäß der Mitteilung der Kommission Nr. 105554 vom 06.06.2002 durch die fondsverwaltende Behörde, da der Begleit-

ausschuss für die Periode 1994 – 1999 nicht mehr besteht und der regionale Be-
gleitausschuss für 2000 – 2006 für die Alt-Programme nicht zuständig ist.

Für die Steuerung des URBAN-Programms war seit Programmbeginn darüber hin-
aus unter Federführung des Senators für Wirtschaft und Häfen eine ressortübergrei-
fende Koordinierungsrunde eingesetzt worden, die sich u.a. aus dem Arbeits-, Bau-
und Sozialressort sowie Akteuren aus dem Programmgebiet zusammensetzte.

Die ressortübergreifende Koordinierungsrunde traf sich erstmals im Januar 1996
(nach erfolgter Programmgenehmigung im November 1995) und ist seitdem etwa
einmal im Quartal, insgesamt über 20 Mal zusammen gekommen. Das letzte Treffen
fand im November 2001 statt. Die ressortübergreifende Koordinierungsrunde hat sich
vorrangig mit der Auswahl und Steuerung der Projekte befaßt, u.a. wurden neue
Projekte vorgestellt, Finanzierungsfragen erörtert sowie fondsübergreifende Fragen
diskutiert.

2.3 Änderungen der Finanztabellen

Entsprechend der Entscheidung der Europäischen Kommission K (95) 2463 vom
06.11.1995 umfasste das bremische URBAN-Programm 1994 – 1999 ursprünglich
geplante Gesamtkosten in Höhe von 8,00 Mio ECU, wovon 6,52 Mio ECU auf den
EFRE entfielen und 1,48 Mio ECU auf den ESF.

Mit Entscheidung K (97) 3455 vom 05.12.1997 genehmigte die Europäische Kom-
mission die Einstellung der Indexierungsmittel in Höhe von 0,163 Mio ECU (für
1995/1996) und 0,037 Mio ECU (für 1997), die allein auf den EFRE-Anteil angerech-
net wurden, so dass dieser bei 6,720 Mio ECU lag.

Am 20.10.1999 genehmigte die Europäische Kommission die Einstellung der Inde-
xierungsmittel für 1998 in Höhe von 0,088 Mio ECU, die wiederum nur dem EFRE-
Teil zugerechnet wurden, so dass dieser 6,808 Mio ECU betrug. Insgesamt belief
sich das Mittelvolumen von URBAN auf 8,288 Mio ECU (K(99) 3078).

Im November 1999 beantragte Bremen eine Verschiebung von EFRE-Mitteln zu-
gunsten des dritten Schwerpunktes (zulasten der Schwerpunkte 1 und 2 sowie der
Technischen Hilfe). Diese Änderung genehmigte die Europäische Kommission mit
Entscheidung K (2000) 305 vom 03.03.2000. Das Mittelvolumen von URBAN I hat
sich dadurch nicht verändert: die Gesamtkosten des bremischen URBAN-
Programms umfassen öffentliche und private Mittel in Höhe von 16.886.000 Euro.

Davon entfallen auf den EFRE-Teil des Programms öffentliche Ausgaben in Höhe von 13.616.000 Euro (entsprechend 6.808.000 Mittel des EFRE).

Der Senator für Wirtschaft und Häfen geht bei Anwendung unterschiedlicher ECU-Wechselkurse bis zur Einführung des EURO während des Programmzeitraumes rechnerisch von einem Programmgesamtvolumen für den EFRE-Anteil (öffentliche Mittel) von DM 26.304.588 (entsprechend DM 13.152.294 EFRE-Mittel) aus, das zur Auszahlung bereitstand.

2.4 Inanspruchnahme der Technischen Hilfe

Im Bereich der ‚Technischen Hilfe‘ standen Mittel in Höhe von 557.055 DM (ca. 2,1 % des EFRE-Programmvolumens) zur Verfügung. Diese Mittel wurden fristgerecht gebunden und in Höhe von 553.066 DM ausgezahlt. Es wurden vor allem folgende Maßnahmen gefördert:

- Begleitmaßnahmen im Bereich Verwaltung und Evaluierung

Hier wurden die Teilnahme am DSSW (Deutsches Seminar für Städtebau und Wirtschaft) sowie die Präsentation des Lichthauses auf der internationalen Convention in Birmingham im September 2000 gefördert. Darüber hinaus wurden Mittel für die technische Ausstattung, die Begleitung zur Abwicklung sowie zur Evaluierung der EU-Programme verausgabt.

- Publizitätsmaßnahmen

Die Mittel wurden u.a. für die Durchführung einer Tagung und eines Stadtteilfestes sowie die Produktion eines Videos über URBAN-Maßnahmen in Bremen-Gröpelingen verwendet.

2.5 Information und Publizität

Im Rahmen des Programms wurden zwischen 1995 und 1999 umfangreiche Publizitätsmaßnahmen durchgeführt, die sich an die allgemeine wie auch die Fachöffentlichkeit in der Region wendeten. Neben obligatorischen Hinweis- und Erinnerungsschildern bei größeren Infrastrukturvorhaben, sind insbesondere zu nennen:

- Veröffentlichung des **Programmtextes** in einer Kurzfassung in der Bremer Zeitschrift für Wirtschaftspolitik (BZW)⁶;
- **Kurzinformationen** für die allgemeine Öffentlichkeit (Kurzversion des URBAN-Programms, Broschüren, Faltblätter) über die EU-Programme und EU-geförderte Projekte;
- Verteilung einer **Zeitschrift** im Stadtteil, die über die URBAN-Aktivitäten informiert ("Journal für Gröpelingen");
- Verteilung eines **Stadtteilkalenders** mit Informationen zur Geschichte des Quartiers;
- Information der **Gremien** im Stadtteil, insbesondere der Beiratsmitglieder;
- Beantwortung **individueller Anfragen** von Bürgern, interessierten Stellen und dem Bremischen Landesparlament bzw. seiner Ausschüsse;
- Regelmäßige **Pressemitteilungen** zu laufenden EU-geförderten Projekten und der Zukunft der EU-Strukturfonds;
- Konzeption und Produktion eines **Videofilms** „Gröpelingen macht sich“ und Verteilung an ca. 100 Multiplikatoren (Fertigstellung im März 2000);
- Vorstellung des Lichthauses auf einer **internationalen Tagung** in Wien im Oktober 1998;
- Präsentation des Lichthauses als **best-practice-Projekt** auf einer internationalen Convention in Birmingham im September 2000;
- Konzeption der **Web-Site** 'europa-bremen.de/efre' mit spezifischen Informationen über den EFRE in Bremen und die neue Förderperiode 2000 – 2006.

Am 3. März 2000 sprach u.a. Generaldirektor Crauser zur **Eröffnung** des **Lichthauses**.

Am 14. und 15. Juni 2001 richtete der Senator für Wirtschaft und Häfen eine **EU-weite Tagung** zum Thema „Kultur für benachteiligte Stadtteile“ aus, die sich an Städte und Akteure aus alten (1994 – 1999) und neuen (2000 – 2006) URBAN-Gebieten wendete.

Im Anschluss an diese Tagung fand im Stadtteil Gröpelingen ein **URBAN-Abschlussfest** für alle Beteiligten und Bürger des Stadtteils und des Programms statt.

⁶ BAW Bremer Ausschuss für Wirtschaftsforschung: Bremer Zeitschrift für Wirtschaftspolitik (BZW), Sonderheft 1995/96, Schünemann Verlag.

2.6 Beachtung der Gemeinschaftspolitiken

Die Beachtung der Gemeinschaftspolitiken hinsichtlich Wettbewerbsbestimmungen, Chancengleichheit und Umwelt wurde in Rahmen von URBAN wie folgt gewährleistet:

Im Rahmen des Programms erfolgten keine Förderungen auf der Basis von einzelbetrieblichen Förderprogrammen, die Gegenstand wettbewerbsrechtlicher Genehmigungsverfahren waren. Darüber hinaus wurden im Programm auch keine Förderungen umgesetzt, die anzeigepflichtig gegenüber der EU waren. Die Einhaltung des Wettbewerbsrechts wurde daher über die Einhaltung der nationalen und europäischen Ausschreibungsbestimmungen gewährleistet.

Das Programm URBAN beeinflusst das Ziel der Chancengleichheit primär durch indirekte Faktoren. Die Projekte des Programms waren dabei in erster Linie auf eine Förderung von Dienstleistungsaktivitäten gerichtet. Die Gestaltung von Plätzen im Ortsteil trug dazu bei, die Voraussetzungen für den Ausbau der gewerblichen Aktivitäten und damit auch für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen zu schaffen. Darüber hinaus wurde mit Projekten, die zu einer Verbesserung der Kinderbetreuung im Programmgebiet beigetragen haben (Kindertagesheim, Gemeinschaftshaus), die Möglichkeiten zur Erwerbsbeteiligung von Frauen grundsätzlich verbessert. Es ist zudem davon auszugehen, dass es sich bei den entstandenen bzw. gesicherten Arbeitsplätzen im gewerblichen Bereich um Arbeitsplätze im Einzelhandel oder im Dienstleistungsbereich handelt, die vielfach auch die Möglichkeit zur Teilzeitbeschäftigung bieten, was Frauen zur Vereinbarung von Familie und Beruf oftmals entgegenkommt. Zu beachten ist hierbei jedoch, dass es sich häufig um Bereiche handelt, die vergleichsweise geringe Einkommen ermöglichen.

Schließlich wurde auch in städtebaulicher Hinsicht versucht, offene, attraktive öffentliche Räume zu gestalten, um so eine stärkere Belegung der Bereiche zu erzielen. Ergänzend wurden Maßnahmen zur Steigerung der Sicherheit im öffentlichen Raum durchgeführt. Dies dürfte speziell den Bedürfnissen der weiblichen Bevölkerung entgegen gekommen sein.

Durch eine enge Koordinierung zwischen den bremischen ESF- und EFRE-Maßnahmen, die auch in der Förderperiode 2000 – 2006 im Bremerhavener URBAN-II-Programm fortgesetzt wird, wenngleich es sich hier um reines EFRE-Programm handelt, wurde versucht, die Förderung des Ziels der Chancengleichheit zu verstärken.

Die Umweltauswirkungen der URBAN-Projekte bzw. des Programms insgesamt lassen sich nur schwer erfassen und damit auch nur sehr eingeschränkt beurteilen. Es ist jedoch davon ausgehen, dass keines der durchgeführten Projekte (abgesehen von üblichen Rahmenerscheinungen, dass z.B. eine verstärkte wirtschaftliche Aktivität zu einem erhöhten Ressourceneinsatz führt bzw. i.d.R. auch mit einer Steigerung des Verkehrsaufkommens verbunden ist) negative Umweltauswirkungen zur Folge hatte. Bei den durchgeführten Projekten waren die aktuellen Umweltstandards einzuhalten und die geltenden Rechtsvorschriften zu beachten.

Die Beachtung der relevanten Gemeinschaftspolitiken bzw. EU-Verordnungen wurde bei der Beantragung der einzelnen Projekte geprüft. Auf dieser Basis wurde die EFRE-Finanzierung bewilligt. Eine Nicht-Einhaltung der Vorgaben führte zur Kürzung oder Streichung der Finanzierung durch den EFRE. Darüber hinaus erfolgten Prüfungen durch die Unabhängige Stelle, die ggf. Verstöße gegenüber den Gemeinschaftsbestimmungen aufzeigt und beanstandet. Derartige Verstöße waren zum Zeitpunkt der Berichterstattung nicht bekannt.

3 Abwicklung des Programms

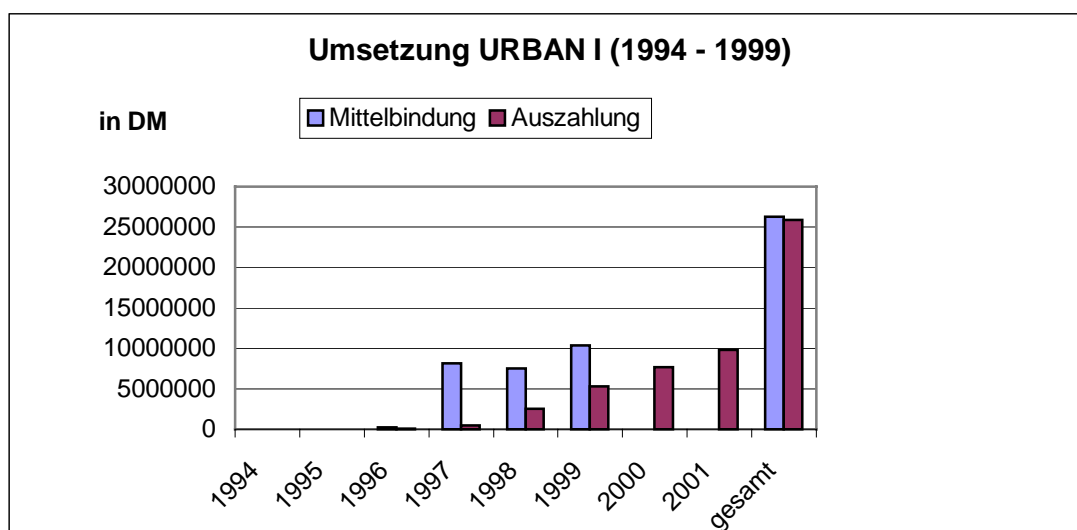
3.1 Finanzielle Abwicklung

Bis zum 31. Dezember 1999 wurden sämtliche Programmmittel in Höhe von 26.304.588 DM gebunden. Der Auszahlungsstand des Gesamtprogramms zum 31.12.2001 beträgt 25.868.639 DM (davon 12.934.319,50 DM aus dem EFRE), entsprechend 98,34 % des Programmvolumens.

Die folgende Tabelle zeigt den Stand der Mittelbindung und Auszahlung (in DM) jeweils zum Jahresende. Es handelt sich um die gesamten öffentlichen Ausgaben, die sich aus 50 % Landesmittel und 50 % EFRE zusammensetzen (s. auch die Tabellen im Anhang). Unter den Schwerpunkten wurde jeweils eine Maßnahme umgesetzt.

URBAN	Belebung wirtschaftlicher Aktivitäten		Städtebauliche Sanierung, Umwelt und Sicherheit		Soziale und kulturelle Aktivitäten		Begleitende Aktivitäten		Gesamt	
	in DM		Erhaltung des "alten Dorfes"		Entwicklung stadtteilbezogener Dienstleistungen					
	Mittelbindung	Auszahlung	Mittelbindung	Auszahlung	Mittelbindung	Auszahlung	Mittelbindung	Auszahlung	Mittelbindung	Auszahlung
1994	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1995	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1996	223.757	43.169	0	0	0	0	40.000	10.000	263.757	53.169
1997	471.750	282.338	82.000	0	7.599.500	186.875	16.588	10.000	8.169.838	479.213
1998	6.136.612	218.555	606.639	73.800	750.000	2.248.800	0	26.502	7.493.251	2.567.657
1999	2.016.480	175.282	4.730.450	740.400	3.130.345	4.350.000	500.467	10.000	10.377.742	5.275.682
2000	0	1.840.525	0	2.150.168	0	3.445.455	0	223.063	0	7.659.211
2001	0	6.103.580	0	2.293.880	0	1.162.747	0	273.500	0	9.833.707
gesamt	8.848.599	8.663.449	5.419.089	5.258.248	11.479.845	11.393.877	557.055	553.065	26.304.588	25.868.639

Summiert und auf die Jahre verteilt ergibt sich folgendes Diagramm:



Von der Kommission wurden insgesamt 10.188.549,28 DM für URBAN I empfangen:

im April 1996 der 1. Vorschuss in Höhe von 6.049.256,00 DM,

im September 1998 eine Ausgleichszahlung wegen Programmänderung in Höhe von 196.340,00 DM,

im Februar 2000 der 2. Vorschuss in Höhe von 3.942.953,28 DM.

Der Antrag auf Schlusszahlung wird über 2.745.770,22 DM lauten, dabei sind die Minderausgaben berücksichtigt. Damit liegt der EFRE-Anteil der tatsächlichen Ausgaben von URBAN bei 12.934.319,50 DM. Das Programm ist bis auf einen Rest von 617.949 DM (EFRE-Anteil: 308.974,50DM) ausfinanziert.

3.2 Durchführung der Maßnahmen

3.2.1 Belebung wirtschaftlicher Aktivitäten

Unterhalb dieser Entwicklungsachse ist eine Maßnahme umgesetzt worden:

- Stärkung der zentralen Stadtteilbereiche

Für diesen Maßnahmenbereich wurden 8.848.599 DM veranschlagt und bis Ende 1999 vollständig gebunden. Bis zum 31.12.2001 wurden 8.663.449 DM verausgabt, das entspricht 97,90 %.

Innerhalb dieser Maßnahme wurden 10 Projekte umgesetzt. Beispielhaft für die Umsetzung dieser Maßnahme sollen die folgenden vier Projekte, welche den Großteil der Mittel dieser Maßnahme gebunden haben, beschrieben werden:

Umgestaltung der Lindenhofstrasse

Die Lindenhofstraße verbindet den nördlichen Einzelhandelspol des Stadtteilzentrums mit dem südlichen Wohnquartier und erschließt den ehemaligen Hafenbereich mit kulturellem Schwerpunkt.

Bedingt durch den Strukturwandel und die Schließung der Werft A.G. Weser in den 80er Jahren wurde die Funktion der Lindenhofstraße als zentrale Lebensader des Stadtteils stark eingeschränkt. Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN sollte vor allem die Revitalisierung des Stadtteilzentrums in seiner gewachsenen Struktur erreicht werden.

Hierzu musste in erster Linie eine Verbesserung der verkehrlichen Infrastruktur erfolgen. Um den überörtlichen Durchgangsverkehr auf der Lindenhofstraße zu reduzieren, wurde die Kreuzung Gröpelinger Heerstraße / Beim Ohlenhof umgebaut. Für die Lindenhofstraße selbst bedeutete dies den Rückbau der Fahrbahn auf das vorgeschriebene Mindestmaß von 5,50 m zugunsten entsprechend verbreiteter Fußwege. Darüber hinaus wurde ein 2,0 m breiter Vielzweckstreifen zwischen Fahrbahn und Fußweg angelegt, der sowohl zum Parken, Be- und Entladen als auch zum Aufstellen von Tischen und Stühlen oder zur Möblierung mit Bänken, Litfaßsäulen, Fahrradständern usw. genutzt werden kann. Ein Wechselpollersystem sorgt dafür, dass dieser Vielzweckstreifen veränderbar ist und unterschiedlich genutzt werden kann. So stehen die Poller bei Nutzung des Streifens zum Parken und Be- und Entladen zum Gehweg, bei Nutzung als Straßencafé oder erweitertem Boulevard zur Fahrbahn ausgerichtet. Zusätzlich wurden auf dem Vielzweckstreifen am Fahrbahnrand in Abständen von 7 bis 12 m Kaiserlinden als beidseitige Baumreihe angepflanzt.

Neben der Verbesserung der verkehrlichen Infrastruktur sollte die Aufenthaltsqualität in der Geschäftsstraße gesteigert werden. Vor diesem Hintergrund wurde die Lindenhofstraße zu einer attraktiven mit breit gefächertem Einzelhandelsangebot ausgestatteten Achse entwickelt. Unter Beteiligung von Bevölkerung und Einzelhändlern an der Entwicklung, Planung und Umsetzung konnten die o.g. Ziele erreicht werden.

Insgesamt standen für dieses Projekt Mittel in Höhe von rund 7,35 Mio. DM zur Verfügung, wobei sich der EFRE mit 50 % (also 3,67 Mio. DM) beteiligte. Der größte Anteil in Höhe von rund 5,74 Mio. DM wurde für die Baumaßnahmen in der Lindenhofstraße verwendet.

Imagekampagne

Nach einer durch die Hochschule Bremen durchgeführten Imageanalyse hat der im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN eingerichtete Wirtschaftsbeirat beschlossen, Strukturen im Stadtteilzentrum zu verbessern und ein eigenständiges positives Profil aufzubauen. Dies sollte durch eine Identifizierung breiterer Bevölkerungskreise Gröpelingens mit ihrem Lebensumfeld angeregt werden. Darüber hinaus sollte das Interesse der Bevölkerung Bremens und der Umlandgemeinden geweckt

werden. Gleichzeitig hat sich der Wirtschaftsbeirat das Ziel gesetzt, Gröpelingen als attraktiven Wohn- und Arbeitsbezirk zu etablieren.

Aus diesem Grund wurde der Slogan „Gröpelingen macht sich“ ins Leben gerufen. Unter diesem Motto wurden Plakat- und Anzeigenserien entworfen, Faltblätter gedruckt, Werbeträger (u.a. Anstecker, Aufkleber, Fahnen usw.) verteilt sowie Aktionen und Veranstaltungen durchgeführt. Um das Interesse an Gröpelingen auch über den Stadtteil hinaus zu wecken, wurde eine Straßenbahn mit dem Slogan versehen.

Diese Aktionen hatten den gewünschten Erfolg, sodass zur Festigung der begonnenen Identifizierung der Bevölkerung mit ihrem Stadtteil die Kampagne fortgesetzt wurde. Ziel war nunmehr, die jetzt sichtbaren und zukünftig geplanten positiven Veränderungen nach außen zu tragen und als Imagefaktor gegenüber Besuchern und potenziellen Bewohnern und Unternehmen einzusetzen.

Als Ergebnis der Kampagne kann festgehalten werden, dass sich Gröpelingens Ruf verbessert hat. Dies ist auch darauf begründet, dass sich der Stadtteil nunmehr als multikulturell darstellt und durch viele Aktionen die Neugier der Menschen weckt. Zudem sind die Gröpelinger wieder stolz auf ihren Stadtteil.

Insgesamt wurde die Imagekampagne mit knapp 250 TDM gefördert, wobei sich der EFRE mit knapp 125 TDM (50 %) beteiligte.

Stadtteilmanagement

Auf Vorschlag des im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN eingerichteten Wirtschaftsbeirates wurde eine Stadtteilmanagerin eingestellt.

Sie hatte die Aufgabe, den Einzelhandel und das Investitionsklima im Stadtteil zu beleben, neue Kunden zu werben und zu binden, die vorhandenen Einzelhändler zu beraten sowie Neuansiedlungen von Einzelhändlern und Dienstleistern zu begünstigen. Darüber hinaus gehörte die Mitarbeit an der Imagekampagne und die Darstellung öffentlichkeitswirksamer Projekte zu ihrem Aufgabenbereich. Schließlich war sie Ansprechpartnerin für alle Bevölkerungsgruppen des Stadtteils.

Als Ergebnis ihrer Arbeit kann festgehalten werden, dass viele BürgerInnen die Verbesserungen bzw. Erneuerungen wahrnehmen. Zudem hat sich das Image Gröpelingens zum Positiven gewandelt, auch in der Außenwirkung. Darüber hinaus konnten mit Unterstützung der Stadtteilmanagerin 9 Unternehmen neu gegründet werden.

Insgesamt wurden für dieses Projekt Mittel in Höhe von etwa 412 TDM verausgabt, wobei der Anteil des EFRE etwa 206 TDM betrug.

Journal für Gröpelingen

Mit dem Ziel, ein besseres Gröpelingen-Image zu transportieren und die Gröpelinger über die vielfältigen neuen Entwicklungen im Stadtteil zu informieren, wurde das Journal für Gröpelingen initiiert. Zusätzlich sollten kulturelle Aktivitäten, ansässige Einzelhändler und Dienstleistungsunternehmen sowie Existenzgründungen vorgestellt werden. Auf diese Weise sollten unterschiedliche Stadtteilinteressen zusammengeführt werden, sodass auch eine Basis für gemeinsame Strategien und Aktivitäten entstehen könne.

Insgesamt wurden 13 Ausgaben des Journals veröffentlicht. Es wurde durch die Bevölkerung im Stadtteil sehr gut aufgenommen. Durch die hochwertige Publikation konnte erreicht werden, dass Neuerungen im Stadtteil nachhaltig das Bewusstsein der BürgerInnen beeinflusst haben.

Es gab aber auch Probleme: auf Grund der unverändert schwierigen wirtschaftlichen Situation der Geschäftleute ging deren Bereitschaft zurück, das Projekt mit Anzeigen zu unterstützen. Davon waren auch andere Medien betroffen. Aus diesem Grund wird derzeit an einem neuen Konzept gearbeitet.

Gefördert wurde das Journal für Gröpelingen mit knapp 216 TDM. Der Anteil des EFRE betrug 50 %, also knapp 108 TDM.

Aussagen zu Umwelt- oder Beschäftigungseffekten durch diese Maßnahme sind nicht möglich.

3.2.2 Städtebauliche Sanierung, Umwelt und Sicherheit

Unter diesem Schwerpunkt existiert die Maßnahme:

- Erhaltung des „alten Dorfes“

Insgesamt waren für diese Maßnahme 5.419.089 DM vorgesehen und bis 31.12.1999 gebunden. Bis 31.12.2001 waren 5.258.269 DM ausgezahlt, das entspricht 97,03 %. Sechs Projekte wurden im Rahmen dieser Maßnahme realisiert.

Die nachfolgend beschriebenen Projekte, die ein Großteil des Mittelvolumens der Maßnahme gebunden haben, sollen Beispiele für die Umsetzung dieser Maßnahme sein:

Dorfplatz / Quartiersplatz

Im Rahmen von Baumaßnahmen, die zur Belebung des Gröpelinger Ortskerns durchgeführt wurden, sollten die dort vorhandenen Freianlagen zu einem zentralen Quartiersplatz umgestaltet werden, der in seiner Bedeutung dem ehemaligen historischen Dorfplatz an dieser Stelle gleichkommt.

Hierzu wurde anlässlich der Errichtung einer – nicht aus URBAN-Mitteln finanzierten - Stadtteilbibliothek der Vorplatz gepflastert, ein Cafégarten als Möglichkeit der Außenbewirtschaftung eingerichtet sowie ein Bibliotheksgarten angelegt. Letzterer ist ein ruhiger, vergleichsweise wenig frequentierter Bereich, der von der Bibliothek oder auch von der Straße zugänglich ist und Aufenthaltsmöglichkeiten bietet. An dieser Stelle wurde ebenfalls eine Kinderspielfläche errichtet, die das Nutzungsangebot des gesamten Platzes noch erhöht.

Für die Umgestaltung des Stadtteilkerns zu einem zentralen Quartiersplatz wurden rund 1,19 Mio. DM verwendet, an denen sich der EFRE mit 50 %, also 0,595 Mio. DM beteiligte.

Kultur vor Ort / Torhaus Nord

Kultur vor Ort wurde 1997 ins Leben gerufen, um die Identifikation der Gröpelinger mit ihrem Stadtteil zu erhöhen. Das Konzept sieht vor, eine wirtschaftliche Aufwertung Gröpelingens durch eine kulturelle Aufwertung zu erreichen: Kultur vor Ort or-

ganisiert und betreut kulturelle Aktivitäten und Veranstaltungen, die die Außenwirkung verbessern helfen und das Engagement der Bewohner für ihren Stadtteil steigern.

Kultur vor Ort hat zahlreiche Projekte initiiert und durchgeführt, zum Teil einmalige, zum Teil regelmäßige Veranstaltungen, die auch nach Abschluss von URBAN fortgeführt werden. Beispielsweise gab es mit "13 x Gröpelingen" eine Art Reiseführer durch den Stadtteil. 1999 und 2000 gab Kultur vor Ort Kalender mit Fotos aus Gröpelingen heraus. Darüber hinaus wurde im Auftrag des Senators für Wirtschaft und Häfen ein Video über das URBAN-Programm in Gröpelingen gedreht. Seit 1999 organisiert Kultur vor Ort den Umzug "Feuerspuren", der durch das abendliche Gröpelingen führt und den Bürgern den Stadtteil in einem anderen Licht zeigt. Es gibt das Sommerfest, den City-Lauf, die Literatur-Veranstaltung "Das blaue Sofa", "Torhaus Jazz", "MOKU Glitzerflügel" (eine Kunst-Aktion für Kinder) und viele weitere Aktionen, die auf Initiative von Kultur vor Ort in Gröpelingen stattfinden.

Ein wesentliches Element der Arbeit von Kultur vor Ort ist das touristische Programm, das die Themen des Stadtteils – Industriekultur, Arbeitergeschichte, Stadt-sanierung und -entwicklung – aufgreift. Dazu zählen die Besichtigung des alten Getreidespeichers, eine spezielle Hafentrundfahrt, eine Architekturführung, Gröpelingens Geschichte im Nationalsozialismus oder ein Rundgang mit einer Hebamme.

Darüber hinaus wurde Kultur vor Ort mit der Abwicklung des Aktionsprogramms "Wir für Gröpelingen" beauftragt, das ebenfalls aus Mitteln der Gemeinschaftsinitiative URBAN finanziert wurde. Im Rahmen dieses Aktionsprogramms wurden Projekte im Stadtteil gefördert, die die Bewohner aus eigener Initiative durchführten. Die geförderten Projekte sollten zur Wohnqualität des Stadtteils beitragen oder kulturelle Aktivitäten bzw. Freizeitmöglichkeiten schaffen oder verbessern (s. 3.2.3).

Eng verbunden mit Kultur vor Ort ist ein weiteres URBAN-Projekt: das **Torhaus Nord**. Das Torhaus Nord wurde 2001 Kultur vor Ort zur Verfügung gestellt. Neben den Räumlichkeiten für Kultur vor Ort sind in dem Haus weitere Büros vermietet (u.a. an Gröpelinger Marketing e.V. – auch ein URBAN-Projekt), ein Saal, ein Gruppenraum und ein Tonstudio. Das Konzept des Torhaus Nord sieht vor, dass Kultur vor Ort über die Vermietung der Büros die Unterhaltungskosten des Gebäudes aufbringt. Die Mieten aus der Nutzung des Saals und des Gruppenraums für Fachtagungen, Selbsthilfegruppen, Kulturveranstaltungen oder private Feiern, etc. werden in Kulturprojekte reinvestiert.

Für Kultur vor Ort wurden ca. 676 TDM und für das Torhaus Nord ca. 2.116 TDM verwendet, an denen sich der EFRE je mit 50 % beteiligt hat.

Gemeinschaftshaus Stuhmer Straße

Das Gemeinschaftshaus Stuhmer Straße ist ein Projekt im Bereich Wohnumfeldverbesserung und hat die Zielsetzung, vielschichtige Interessenslagen zur Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation der BewohnerInnen zu vernetzen, sowie die Förderung von Eigeninitiativen der MieterInnen. Dieses Ziel soll durch das Angebot von Dienstleistungen von und für die Bewohner, Kommunikations- und Kontaktmöglichkeiten sowie spezifische Beratungs- und Fördermöglichkeiten erreicht werden. Damit werden konkrete, für die BewohnerInnen im Alltag zugängliche Möglichkeiten eines nachbarschaftlichen Engagements, der Entwicklung von mehr Eigeninitiative und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gefördert und die Bereitschaft von BewohnerInnen zu einer aktiven Mitarbeit an der Entwicklung des Quartiers unterstützt. Die Förderaktivitäten des Hauses richten sich in erster Linie an belastete deutsche und ausländische Familien, vor allem an alleinerziehende und/oder alleinlebende Frauen unterschiedlicher Altersgruppen.

Konkret wurden ein Beratungsbüro und ein Café eingerichtet. Das Gemeinschaftshaus Stuhmer Straße bietet einen offenen Kinder-Hort, soziale Gruppenarbeit für Kinder und Jugendliche, Raumangebote für Feste und Nachbarschaftsversammlungen sowie Sprechstunden und die Vermittlung von gemeinnützigen Tätigkeiten durch das Sozialamt. Das Gemeinschaftshaus liegt in unmittelbarer Nähe zum Streichelzoo, der über den Stadtteil hinaus in ganz Bremen bekannt ist.

Für das Gemeinschaftshaus Stuhmer Straße wurden ca. 419 TDM aus URBAN (davon 50 % aus dem EFRE) finanziert.

Aussagen zu Umwelt- oder Beschäftigungseffekten durch diese Maßnahme sind nicht möglich.

3.2.3 Soziale und kulturelle Aktivitäten

Dieser dritte Schwerpunkt enthält die Maßnahme:

- Entwicklung stadtteilbezogener Dienstleistungen

Von den insgesamt vorgesehenen und bis 31.12.1999 gebundenen 11.479.845 DM waren bis zum 31.12.2001 11.407.002 DM verausgabt worden. Innerhalb dieser Maßnahme wurden 12 Projekte bewilligt. Die nachfolgend beschriebenen Projekte, die den Großteil der Mittel der Maßnahme gebunden haben, stellen Beispiele für die Realisierung dieser Maßnahme dar:

Lichthaus

Mehr als 8,5 Mio. DM innerhalb dieses Schwerpunktes wurden für die bauliche Sanierung und Ausstattung des „Lichthaus“ bereitgestellt, das seit Anfang 2000 als Existenzgründerzentrum für kleine Unternehmen im Bereich Multimedia und Dienstleistungen fungiert und gleichzeitig Raum für künstlerische Aktivitäten bietet. Bis zum Frühjahr 2000 sind im „Lichthaus“ ca. 40 Arbeitsplätze entstanden.

Das ehemalige Betriebsratsgebäude der Werft A.G. Weser wurde 1995 (12 Jahre nach der Schließung der Werft) zum URBAN-Projekt. Künstler hatten das Haus besetzt und als Veranstaltungs- und Ausstellungsraum genutzt. Diese Nutzung war die Basis für das neue Konzept, das vom „Lichthaus e.V.“ (einem eingetragenen Künstlerverein) zusammen mit der Bremischen Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau GmbH entwickelt wurde. Mit Hilfe einer öffentlich-privaten Partnerschaft wurde dieses Konzept umgesetzt und das Lichthaus einer neuen Nutzung zugeführt. Das Lichthaus verdankt seinen Namen der Fensterkonstruktion im Dach.

Das Lichthaus verfügt über 20 Büros und Konferenzräume sowie einen großen Saal und ein Restaurant. Die Büros sind an Existenzgründer aus den Bereichen digitale Medien und Dienstleistungen vermietet. Der Saal wird für Ausstellungen und Tagungen genutzt. Die moderne technische Infrastruktur des Lichthaus, verbunden mit einem effektiven und flexiblen Management, bietet ein ausgezeichnetes Umfeld für Unternehmensgründungen. Der erfolgreiche Mix aus Unternehmen, Veranstaltungen und Gastronomie erhöht die Bedeutung des Gebäudes und erzielt auch eine positive

Wirkung auf den Stadtteil, die Stadt und darüber hinaus. Durch den aus den Vermietungen der Büros, des Restaurants und des Saals erzielten Überschuß werden künstlerische und kulturelle Aktivitäten gefördert.

Das Lichthaus wurde im März 2000 eröffnet und im Herbst 2000 auf einer internationalen Convention der EU als best-practice-Projekt präsentiert.

Über Räume

Das Projekt "Über Räume" zielte darauf ab, kulturelle und räumliche Barrieren abzubauen, die kulturellen Aktivitäten im Stadtteil zu vernetzen und unter einem kooperativen und prozessualen Ansatz die Zusammenarbeit mit Menschen, Firmen und Geschäften im Stadtteil zu suchen sowie überregionale Aufmerksamkeit auf den Stadtteil zu lenken. Die Projektträgerschaft lag beim Senator für Wirtschaft und Häfen und dem Sanierungsträger, der Bremischen Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau GmbH, in Zusammenarbeit mit Kultur vor Ort e.V. und dem Referat "Kunst im öffentlichen Raum" des Bildungsressorts. Weitere Projektpartner waren u.a. das Lichthaus und die Gröpelinger Bibliothek.

Durch Eingriffe in den Stadtraum und durch ausgestellte Objekte im Lichthaus wurden künstlerische Fragestellungen nach den Sichtweisen des Raumes aufgeworfen. Auf diese Weise wurden räumlich-inhaltliche Bezüge zu Gröpelingen hergestellt und das Stadtbild neu definiert.

Die erste Phase von Über Räume war eine Ausstellung im Veranstaltungssaal des Lichthauses im Mai 2000 anlässlich dessen Wiedereröffnung. Die Ausstellung trug den Titel "Einräumen".

Die zweite Phase - im September 2000 - von Über Räume hatte räumliche, gestalterische Maßnahmen mit inhaltlichen Ortsbezügen zum Thema und fand unter dem Titel "Absetzen über die Ecke" auf öffentlichen Plätzen und Anlagen statt.

Im Frühjahr 2001 startete die dritte Phase mit einer Ausschreibung für die Erstellung eines fest zu installierenden Kunstwerkes im öffentlichen Raum. Eingeladen waren Künstlerinnen und Künstler aus Bremen und dem Bremer Umland, Entwürfe für künstlerische Gestaltungsmaßnahmen zur Anbindung des Stadtteils an den Hafen einzureichen. In der Aufgabenbeschreibung war ein Rahmen aus städtebaulichen Veränderungen und stadtplanerischen Maßnahmen benannt. Die Kunst sollte einen Brückenschlag zwischen den verschiedenen Entwicklungsgebieten im Stadtteil Gröpelingen herstellen. Eingereicht werden konnten objekt-, raum- und flächenorientierte Entwürfe. Als mögliche Standorte waren verschiedene Plätze entlang der beschriebenen Achse zum Hafen angegeben. An dem Wettbewerb nahmen 40 Künstlerinnen und Künstler teil.

Der Platz vor den beiden Torhäusern – als Schnittstelle zwischen Hafen und Stadtteil – wurde zum Standort für das prämierte Kunstobjekt ausgewählt: ein Schiff, auf den Kopf gestellt, das den Umbruch Gröpelingens vom bedeutenden Werftenstandort über eine lange Zeit des Vorortdaseins hin zum vitalen, sanierten Stadtteil und zum Zentrum der Erlebnisse (insbesondere vor dem Hintergrund des entstehenden Spaceparks) versinnbildlicht.

Für das Projekt wurden ca. 403 TDM aus URBAN finanziert, davon 50 % (ca. 201 TDM) aus dem EFRE.

Wir für Gröpelingen

Das Aktionsprogramm "Wir für Gröpelingen" unterstützte finanziell auf unbürokratischem Wege Aktivitäten von Einzelnen oder Gruppen, die im weitesten Sinn die Lebens- und Alltagsbedingungen sowie das Klima im Stadtteil positiv beeinflussten. Diese Aktivitäten sind ergänzend zu denen von Verwaltung, Organisationen oder Trägern zu verstehen. Träger des Aktionsprogramms Wir für Gröpelingen war Kultur vor Ort. Über die Vergabe von Mitteln für beantragte Projekte entschied eine Jury, die sich aus verschiedenen im Stadtteil aktiven Institutionen⁷ zusammensetzte. Wir für Gröpelingen wurde über eine Informationsveranstaltung, Presseartikel, Flyer und die Veröffentlichung der Förderung durch das Aktionsprogramm bei geförderten Aktivitäten publiziert und ist vielen Gröpelingern bekannt.

Etwa 120 Anträge wurden zwischen 1998 und 2001 gestellt, ca. 80 wurden davon realisiert. Nachfolgend einige Beispiele:

Eine Gröpelinger Sängerin gab ein kostenloses Konzert, für das die Werbung und der Klaviertransport aus dem Aktionsprogramm gezahlt wurde. Die gute Resonanz auf das Konzert ließ die erfolgreiche Reihe "classic concerts gröpelingen" entstehen.

Ein Gröpelinger Photograph rief alle Gröpelinger auf, den Stadtteil zu fotografieren. Die Bilder wurden nach einer Ausstellung in der Bibliothek in einer Broschüre dokumentiert. Dieses Projekt stieß über den Stadtteil hinaus auf großes Interesse.

Interesse über Gröpelingen hinaus fand auch eine Broschüre über einen Zwangsarbeiter in Gröpelingen.

Ein Sportverein schuf einen Grillplatz, der für alle zugänglich ist.

⁷ Ortsbeirat, Interessengemeinschaft Handel, Handwerk und Gewerbe Bremen West, Arbeitskreis Kinder und Jugendliche im Bremer Westen, Amt für Soziale Dienste, ein Vertreter der ausländischen Bevölkerung und zwei weitere Bewohner des Stadtteils.

Daneben gab es eine Vielzahl von Projekten wie Straßenfeste zur Verbesserung der Nachbarschaft oder Bepflanzungsaktionen an Straßen, die in einem Fall sogar zu einer Verkehrsberuhigung beitrugen.

Im Vordergrund des Projektes stand die Mobilisierung der lokalen Bevölkerung, um deren Identifikation mit dem Stadtteil zu erhöhen und sie zur aktiven Mitgestaltung zu bewegen. Der Projektträger Kultur vor Ort bewertet das Projekt sehr positiv und testiert eine Verbesserung des kulturellen Angebotes und eine fortgesetzte Eigeninitiative.

Das Aktionsprogramm Wir für Gröpelingen wurde mit ca.152 TDM aus URBAN I finanziert, der EFRE ist mit 50 % (ca. 76 TDM) beteiligt.

Pferde- und Erlebnisfarm Ohlenhof

Das Projekt Pferde- und Erlebnisfarm Ohlenhof war sowohl von den Bürgern als auch von den Politikern des Stadtteils sehr gewünscht. Man erhoffte sich eine Stärkung der Infrastruktur Gröpelingens durch dieses Projekt, das mit seinem breiten Angebotsspektrum über den Stadtteil hinaus attraktiv ist.

Die Farm hat Tiere (Pferde, Esel, Ziegen, Schafe, Kaninchen, Hühner und Bienen) sowie verschieden gestaltete Außenanlagen (Gärten, Gewässer, naturnahe Flächen). Die Farm bietet auch Räume zum Unterrichten, so dass Schulen den Ohlenhof als Lehrort einsetzen können. Darüber hinaus gibt es u.a. Ferienfreizeiten, einen betreuten Mittagstisch und Reitangebote. Die Versorgung der Farm erfolgt durch Zivildienstleistende.

Durch die Ohlenhof-Farm wurde die Eingliederung der Bevölkerung des Neubaugebietes "Auf dem Krug" erleichtert.

Für die Ohlenhof-Farm wurden insgesamt ca. 1.461 TDM investiert, davon ca. 635 TDM aus URBAN (davon 50 % aus dem EFRE). Dieses Projekt wurde ebenfalls aus dem ESF finanziert, s. dazu Teil C.

Kindertagesheim mit integrierten Dienstleistungen

In einem ehemaligen Vereinsgebäude wurde ein Kindertagesheim mit integriertem Dienstleistungsangebot eingerichtet und Anfang 1998 eröffnet. Über das normale Angebot der Tagesbetreuung hinaus sollten in Zusammenarbeit mit verschiedenen Trägern zusätzliche Dienstleistungen bei der Einrichtung angebunden werden:

- Schulkinderbetreuung sowie Betreuung von Kindern unter 3 Jahren;

- Hilfen zur beruflichen Orientierung, Qualifizierung und Beschäftigung für Langzeitarbeitslose;
- Beratungs- und Dienstleistungsangebote durch das Amt für Soziale Dienste;
- weitere Angebote wie z.B. technische Hilfestellung bei Bewerbungen, Info-Börse, Jugendtreff, Mittagstisch für Schulkinder und Schulaufgabenhilfe, sonstige Treff- und Austauschmöglichkeiten.

Bei der Umsetzung des Projektes kam es jedoch zu Schwierigkeiten, da das Amt für Soziale Dienste nicht das erforderliche Personal stellen konnte und ein freier Träger aufgelöst wurde. Statt Beratungsleistungen im Haus selbst wird nun mit einer Beratungsstelle des Sozialamtes in einem anderen Stadtteil zusammengearbeitet. Statt der Einstellung von Arbeitslosen durch den freien Träger findet nun eine Jobvermittlung statt. Nach wie vor ist der Träger des Kindertagesheims aber von dem ursprünglichen Konzept überzeugt und beurteilt diese Probleme als generell zu meistende Schwierigkeiten.

Für dieses Projekt wurden ca. 1.491 TDM aus URBAN gezahlt, davon 50 % aus dem EFRE. Dieses Projekt wurde ebenfalls aus dem ESF finanziert, s. dazu Teil C.

3.3 Zusammenfassung

Von den insgesamt 26.304.588 DM, die aus dem EFRE für URBAN zur Verfügung standen, wurden 25.881.786 DM ausgegeben. Es wurden 22 Projekte in 3 Schwerpunkten zuzüglich Technischer Hilfe realisiert, die in ihrer Ausrichtung und Zielsetzung sehr unterschiedlich waren. Durch bauliche Projekte – allen voran die Umgestaltung des Lichthauses - wurde die Wirtschaftskraft des Stadtteils gestärkt, es wurde ein starkes und engagiertes kulturelles Leben in den Stadtteil gebracht, die BürgerInnen wurden zu Eigeninitiative aufgerufen, erhielten soziale Beratung und Unterstützung und das Ansehen des Stadtteils wurde insgesamt wesentlich verbessert, so dass der Stadtteil auch für BürgerInnen anderer Stadtteile attraktiv wurde. Beispielsweise stießen die Veranstaltungen wie die Stadteiführungen von Kultur vor Ort in ganz Bremen auf reges Interesse, die Kunstaktionen in Gröpelingen wurden über den Stadtteil hinaus wahrgenommen, nach der internationalen Tagung im Lichthaus im Juni 2001 kamen Besuchergruppen mit unterschiedlichen fachlichen Interessen aus ganz Deutschland, um Gröpelingen als Modellgebiet zu besichtigen. Das Aktionsprogramm "Wir für Gröpelingen" hat gezeigt, dass auch mit relativ wenig Mit-

teleinsatz viel erreicht werden kann, vor allem erfahren die BürgerInnen, dass sie durch Eigeninitiative selber etwas bewegen und verbessern können.

In Gesprächen mit den Akteuren vor Ort wurde immer wieder betont, dass viele Impulse, die zur neuen Imagebildung Gröpelingens beitrugen, aus URBAN kamen, dass durch die breit gefassten Möglichkeiten, auch soziale und kulturelle Aspekte zu berücksichtigen und in diesen Bereichen tätig zu werden, sehr viel mehr für den Stadtteil erreicht werden konnte, als es alleine die baulichen Maßnahmen vermocht hätten.

4 Zwischenbewertungen

Zwischenbewertungen, die speziell auf die Durchführung der Gemeinschaftsinitiative URBAN in Bremen ausgerichtet sind, wurden nicht durchgeführt. Allerdings wurde im Rahmen einer Diplomarbeit eine Befragung der Akteure vor Ort (Thema Bürgerbeteiligung) vorgenommen und die Verwaltungsbehörde hat im Frühjahr 2002 eine Umfrage bei den projektumsetzenden Stellen durchgeführt. Daneben liegen Daten einer Umfrage vor, die die Bremer Polizei in den westlichen Stadtteilen durchgeführt hat sowie ein Bericht des Deutschen Instituts für Urbanistik über "Die Soziale Stadt", mit dem auch Rückschlüsse auf die Umsetzung und Erfolge von URBAN möglich sind.

Ende 1999 / Anfang 2000 wurde im Rahmen einer Diplomarbeit **eine Akteursbefragung** zum Thema „Bürgerbeteiligung im Rahmen des URBAN-Programmes“ durchgeführt. Die Autorin hat die Bürgerbeteiligung in den Phasen der Programmentwicklung und der Programmumsetzung getrennt betrachtet. Während der Entwicklung des Programms wurden die Bürger nicht beteiligt. Durch eine ressortübergreifende Konzepterstellung in Zusammenarbeit mit dem Ortsamt und dem Sanierungsträger waren aber zumindest indirekt Kenntnisse über die Wünsche und Erfahrungen der Bürger vorhanden. Für positiv wurde befunden, dass die im Programm genannten Projekte nur grob festgelegt wurden und zum Teil Beispielcharakter hatten. Somit war theoretisch die Möglichkeit der Einflussnahme durch die Bürger gegeben. Aufgrund der damals bestehenden Beteiligungsstrukturen und Grundlagen kamen jedoch nur von Institutionen und Vereinen Vorschläge, die dann berücksichtigt wurden. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass die Interessen der Bürger durch diese Multiplikatoren widergespiegelt wurden.

Bezüglich der Programmumsetzung wurde das Fehlen einer Zielgruppenanalyse und eines Beteiligungskonzeptes kritisiert. Dadurch konnten Ausländer – immerhin etwa ein Fünftel der Bevölkerung Gröpelingens - und soziale Randgruppen nicht erreicht werden. Zunächst wurde auf die aufgrund der vorangegangenen Sanierung bereits vorhandenen Beteiligungsstrukturen und Kommunikationsnetze zurückgegriffen, im Programmverlauf wurden diese weiter ausgebildet und die Informationsarbeit ständig verbessert. Eine wesentliche Rolle wurde den beiden Stadtteilzeitungen attestiert, die zugleich als Informationsquelle und Sprachrohr der Bürger dien(t)en. Die Autorin stellt fest, dass wegen des konzeptlosen Vorgehens "oft unkoordiniert und nicht zielgerichtet gehandelt und die gleichen Informationen auf verschiedene Weise an den (immer) gleichen Personenkreis der zumeist 'ohnehin-Beteiligten' weitergegeben"⁸ wurde. Dennoch wurden durch Projekte wie "Kultur vor Ort" oder "Wir für Gröpelingen" die Identifikation mit dem Stadtteil erhöht und Eigenengagement seitens der Bürger eingebracht. Als schwierig wurde die Situation der Behörden und Verwaltung eingeschätzt, die oft nur begrenzte Kapazitäten zur Verfügung haben und vorrangig an der (finanziellen) Abwicklung der Programme interessiert sind, sowie die Haltung der Bürger, die lieber die Zuständigkeit von offiziellen Stellen in Anspruch nehmen, etwas zu ändern, als selber Hand anzulegen.

Abschließend ein weiteres Zitat aus der Diplomarbeit: "Derartig komplexe Aufgaben wie die Umsetzung von Entwicklungsaufgaben mit "integrativem Ansatz" sind nur durch ein besonderes Projektmanagement (intermediäre Organisationen, externe Moderatoren etc.) zu lösen, das die Arbeit der durchführenden Institutionen, Vereine, Verbände und Gesellschaften steuert und auch selbst "vor Ort" agiert. So gesehen hat die Administration in Bremen im Rahmen ihrer Möglichkeiten das "Beste draus gemacht". Besonders die Beauftragung der Bremischen⁹, im Sinne eines Projektmanagements, hat sich bei der Umsetzung als sehr nützlich erwiesen. Insbesondere die große Erfahrung und Einsatzbereitschaft, die u.a. aufgrund langjähriger "Sanierungserfahrungen" im Gebiet vorhanden waren, haben den Beteiligungsprozeß im Rahmen von URBAN positiv unterstützt."¹⁰

Seitens der **Verwaltungsbehörde** wurde eine **Umfrage** über insgesamt 15 Projekte durchgeführt. Befragt wurden der Sanierungsträger Bremische Gesellschaft, das So-

8 Diplomarbeit von Henrike Neuenfeldt aus Bremen angefertigt im Geographischen Institut der Georg-August-Universität zu Göttingen: Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung, Eine empirische Untersuchung zur Bürgerbeteiligung im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN am Beispiel von Bremen-Gröpelingen, Dezember 2000, S. 101.

9 Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau GmbH, Sanierungsträger in Bremen-Gröpelingen.

10 Diplomarbeit von Henrike Neuenfeldt aus Bremen angefertigt im Geographischen Institut der Georg-August-Universität zu Göttingen: Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung, Eine empirische Untersuchung zur Bürgerbeteiligung im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN am Beispiel von Bremen-Gröpelingen, Dezember 2000, S. 104.

zialressort, die Lichthaus-Geschäftsführung, Kultur vor Ort sowie das Gröpeling Marketing e.V. Überwiegend wurden die Projektziele erreicht und die Frage nach der Zufriedenheit bei der Umsetzung der Projekte wurde mit "Ja, sehr" und "eher ja" beantwortet. Allgemein wurde festgestellt, dass sich die Situation in Gröpelingen insgesamt verbessert hat, insbesondere das kulturelle Angebot und vor allem das Image des Stadtteils, das sich von einem eher bemitleideten Stadtteil zu einem interessanten Stadtteil, in dem eine Menge passiert, geändert hat. Eine Aussage zu geschaffenen und gesicherten Arbeitsplätzen konnte nur in einzelnen Fällen getroffen werden und kann daher nicht für das gesamte Programm abgeleitet werden, da die Fragebögen sehr individuell ausgefüllt wurden. Auch über die wirtschaftliche Situation Gröpelingens konnte keine fundierte Aussage getroffen werden, allerdings wurde festgestellt, dass sich die Einzelhändler mehr engagieren und neue Fachgeschäfte beispielsweise für Spielwaren, Bücher, Tee oder Wein eröffnet haben. Als schwierig wurde der hohe Anteil ausländischer Geschäfte und der Geschäfte, die aus Altersgründen schließen mussten und nun leer stehen, beurteilt. Zukünftig soll dort stärker als zuvor gemeinsam nach anderen Lösungsmöglichkeiten gesucht werden.

Besonders erfreulich ist ein Schreiben von Kultur vor Ort mit grundsätzlichen Bemerkungen zu URBAN. Dort wird festgestellt, dass es gelungen ist, tragfähige Netzwerke für eine kulturelle Stadtteilarbeit zu knüpfen und eine Zusammenarbeit mit anderen Projekten (z.B. Lichthaus, Bibliothek) zu entwickeln. Lobend wird die Zusammenarbeit mit dem Sanierungsträger "Bremische Gesellschaft" erwähnt, durch die viele Leute motiviert wurden, sich ehrenamtlich für Kulturarbeit zu engagieren. Das Ziel, das im Rahmen von URBAN gesetzt wurde, die "Erhaltung des alten Dorfes", scheint nach Meinung von Kultur vor Ort erreicht worden zu sein. Durch stärkere und neue Angebote im kulturellen und touristischen Bereich ist der Ortsteil Lindenhof heute ein Ort von Veranstaltungen, Festen und Umzügen und könnte als Herz Gröpelingens bezeichnet werden. Durch die Vielzahl und Verschiedenheit der kulturellen Angebote ist Gröpelingen zu einem attraktiven, interessanten und lebendigen Stadtteil geworden – auch für die anliegenden Stadtteile. Kultur vor Ort konnte mit seinen Angeboten (Citylauf, Stadtteilstadtteilfest, Feuerspurenzug) grundsätzlich alle Bevölkerungskreise Gröpelingens erreichen, stellt aber fest, dass die Jugendlichen außen vor gelassen werden müssen, da für eine Stadtteilkultur für und mit Jugendlichen die Mittel fehlen.

Kultur vor Ort hält Gesprächsrunden von Behörden, Akteuren vor Ort und dem Sanierungsträger über die Abstimmung und Umsetzung von Projekten für außerordentlich wichtig, um koordiniert zu arbeiten und Parallelplanungen zu verhindern. Die inhaltlich-konzeptionelle Leitung dieser Runden sollte nach Meinung von Kultur vor Ort bei der programmabwickelnden Behörde liegen. Gewünscht hätte sich Kultur vor Ort

einen von Behörden organisierten europaweiten Erfahrungsaustausch mit anderen URBAN-Projekten auf der Ebene von Akteuren vor Ort, ähnlich wie die Lichthaus-Tagung im Juni 2001 oder in Form von gegenseitigen Besuchen vor Ort. Der Einsatz von Internet oder Newslettern für diesen Informationsaustausch würde begrüßt werden.

Die Bremer **Polizei** führte im Dezember 2001 eine **Bürgerbefragung**¹¹ in den Stadtteilen Gröpelingen, Walle und Oslebshausen durch. In Gröpelingen wurde bereits 1997 eine solche Bürgerbefragung durchgeführt, so dass Vergleichsdaten vorlagen.

Die Befragung durch die Polizei diene vor allem der Bewertung ihrer Arbeit, die Ergebnisse zur Bewertung der Wohn- und Lebensqualität im Stadtteil und dem Sicherheitsgefühl der BürgerInnen zeigen, dass sich die BürgerInnen insgesamt wohler fühlen (s. untenstehende Tabelle).

Tabelle 2: Bewertung der Wohn- und Lebensqualität und des Sicherheitsgefühls in Gröpelingen (1997 und 2001)

	Wie gerne wohnen Sie in Ihrem Stadtteil? sehr gerne/gerne	Wie sicher fühlen Sie sich in Ihrer Wohngegend? sehr sicher/eher sicher	Hat sich die Wohn-/ Lebenssituation in Ihrem Stadtteil in den letzten 5 Jahren nach Ihrer Meinung eher verbessert / eher verschlechtert
1997	72,6 %	43,4 %	16,6 % / 55 %
2001	77,9 %	59,1 %	20,9 % / 37,2 %

Diese Veränderung im Empfinden der BürgerInnen lässt sich auch auf den besonderen Umstand zurückführen, dass der überwiegende Teil des Fördergebietes bereits vor 1995 als Sanierungsgebiet ausgewiesen war und somit von den Projektförderungen durch URBAN zusätzliche Impulse ausgingen, die das neue und positive Image des Quartiers nachhaltig verbesserten und Gröpelingen nicht nur städtebaulich, sondern auch sozial und kulturell positiv veränderten.

Zusätzlich ist Gröpelingen Fördergebiet für das Bund-Länder-Programm "**Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt**", das im Rahmen des

¹¹ Polizei Bremen, FD Controlling: Abschlußbericht Bürgerbefragung, Polizeiinspektion West, Juli 2002.

kommunalen Programms "**Wohnen in Nachbarschaften (WiN)**" seit 1999 umgesetzt wird. Die Ziele in diesem Programm sind u.a. die Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen, Förderung und Unterstützung des Engagements der BürgerInnen und Förderung der privaten Investitionsbereitschaft.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen gab das Deutsche Institut für Urbanistik im Mai 2002 eine erste Bilanz des Bund-Länder-Programms "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt" heraus. Darin wird festgestellt, dass die Beteiligungsmöglichkeiten für Akteure und Bevölkerung des Stadtteils überwiegend im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen und der Umsetzung von URBAN möglich waren. Das Aktionsprogramm "Wir für Gröpelingen" (s. 3.2.3) hat nach Meinung der Autoren das Zusammenleben im Stadtteil besonders gefördert, die Öffentlichkeitsarbeit und vor allem die Imagekampagne (s. 3.2.1) konnte ein Gemeinschaftsgefühl im Stadtteil aufbauen.¹²

Das Bremer "**Aktionsprogramm für Nebenzentren**" über das weitere Maßnahmen und Projekte initiiert werden, soll über die Laufzeit von URBAN hinaus die Wirtschaftskraft des Quartiers stärken und die Nachhaltigkeit der Programmwirkungen fördern.

Die für die Ziel-2-Programme 1994 – 1999 durchgeführte „vorläufige Abschlussbewertung“¹³ legte nahe, „stadtteilnahe Förderungen“ in die **neue Ziel-2-Strategie** für die Jahre 2000 - 2006 aufzunehmen und die positiven Erfahrungen für die lokale Ökonomie aus dem URBAN-Programm damit fortzuschreiben. Insgesamt 7 % der Programmmittel des neuen Ziel-2-Programmes sieht der Entwurf des „Einheitlichen Programmplanungsdokuments“ für die Förderung benachteiligter Stadtteile in Bremen und Bremerhaven für die Zeit 2000 - 2006 für Projekte vor, die dem URBAN-Ansatz vergleichbar sind und ebenfalls mit Aktivitäten des Landes gekoppelt werden sollen.

¹² Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Die soziale Stadt, Eine erste Bilanz des Bund-Länder-Programms "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt", Mai 2002, S. 72 – 83.

¹³ BAW (2000): Regionalwirtschaftliche Studien Nr. 16: Erste Evaluierungsbilanz zu den EFRE-Maßnahmen der Ziel-2-Förderung (1994 - 99) insbesondere der Phase III (1994 - 1996) im Land Bremen, Bremen; der Europäischen Kommission, DG Regionalpolitik, mit Schreiben vom 25.11.1999 zugesandt.

5 Kontrolltätigkeiten

5.1 Etwaige Änderungen des Kontrollsystems

Im Dezember 2000 wurde die Unabhängige Stelle der Innenrevision zugeordnet und damit direkt an die Hausleitung angebunden (s. 2.1). Bis dahin wurden die Aufgaben der Unabhängigen Stelle von einer Person der nicht mit der Fondsverwaltung befassten Abteilung 1 (Sektorale Wirtschaftsförderung, Recht) des Senators für Wirtschaft und Häfen der Freien Hansestadt Bremen wahrgenommen. Die Unabhängige Stelle unterliegt bezüglich ihrer Aufgabenwahrnehmung keiner Weisungsbefugnis. Sie führt die nach Artikel 3 der Verordnung (EG) Nr. 2064/97 geforderten Vor-Ort-Kontrollen und Systemprüfungen selbst durch.

5.2 Kontrollen durch die zuständigen Behörden

Mittel der EU-Strukturfonds, die über den Bund an das Land Bremen geleistet werden, werden als Einnahmen und Ausgaben in den Landeshaushalt eingestellt. Dadurch unterliegen sie den üblichen Kontrollmechanismen des Landeshaushalts, zu denen die Kontrolle durch den Landtag und die Landesrechnungshöfe gehören (externe Kontrolle).

Bei der Prüfung eines Projektantrages wird die EFRE-Verwaltungsbehörde zur Prüfung der EFRE-Kofinanzierung beteiligt. Die EFRE-Verwaltungsbehörde prüft den Antrag hinsichtlich der Einhaltung der Vorschriften der EU und zieht ggfs. weitere Erkundigungen von den zuständigen Einheiten ein, z. B. hinsichtlich der Einhaltung des Wettbewerbsrechts oder der Vergabevorschriften.

Für die Genehmigung des Projektes werden je nach finanzieller Größenordnung¹⁴ ein Antragsprüfvermerk, mit dem ein Projekt auf der Verwaltungsebene beschlossen werden kann, oder eine Vorlage für die Wirtschaftsförderausschüsse bzw. für die Deputation für Wirtschaft, auf deren Basis diese Gremien die Durchführung des Projektes beschließen, angefertigt. Nach der Beschlussfassung erfolgt die verwaltungsseitige Bewilligung des Projektes.

¹⁴ Die Grenzen wurden von der Deputation für Wirtschaft beschlossen (für infrastrukturelle Maßnahmen DM 1.000.000, für überregional bedeutsame Veranstaltungen DM 100.000, für einzelbetriebliche Förderung DM 500.000, für Planungskosten DM 300.000).

Die sich aus der Zuwendung ergebenden Pflichten werden dem Empfänger mit dem Zuwendungsbescheid und den rechtsverbindlichen Anlagen bekanntgegeben. In Fällen wo es keinen Zuwendungsbescheid, sondern einen Vertrag oder Auftrag gibt, werden die Pflichten entsprechend übermittelt. In den Anlagen zum Bescheid gibt es zum einen eine Kostenaufstellung, aus der hervorgeht, für welche Zwecke die Mittel bewilligt wurden, zum anderen wird der Zuwendungsempfänger ausdrücklich auf die sich aus der EFRE-Kofinanzierung ergebenden Anforderungen hingewiesen. Die Abwicklung liegt im Verantwortungsbereich der zwischengeschalteten Stelle. Änderungen in der Umsetzung werden auch mit dem EFRE-Referat abgestimmt.

Nach Ablauf des Bewilligungszeitraumes wird von dem Zuwendungsempfänger ein Verwendungsnachweis gefordert, der zwei Teile beinhaltet: einen Sachbericht, der die erzielten Ergebnisse in Umfang und Qualität im einzelnen darstellen muß und einen zahlenmäßigen Nachweis, der alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängende Einnahmen und Ausgaben entsprechend der Gliederung des Finanzplans im Zuwendungsbescheid enthält.

Der Sachbericht wird von der zwischengeschalteten Stelle ggf. unter Hinzuziehung einer fachlichen Stellungnahme geprüft.

Der zahlenmäßige Nachweis wird von zwei voneinander unabhängigen Personen und insofern nach dem 4-Augen-Prinzip geprüft. Dem Verwendungsnachweis sind die Belege beizufügen. Dauert die Umsetzung einer Maßnahme länger als ein Haushaltsjahr, sind Zwischennachweise vorzulegen, an die die gleichen Anforderungen gestellt werden wie an die Verwendungsnachweise.

Handelt es sich um eine Baumaßnahme mit einem Kostenvolumen von über 500.000 DM wird zusätzlich bei Antragstellung eine baufachtechnische Prüfung durchgeführt, eine Kostenaufstellung nach DIN 276 erstellt und nach Abschluß der Baumaßnahme wird diese durch den Senator für Bau bzw. mittlerweile durch die beliebige Gesellschaft Baumanagement Bremen geprüft. Darüber hinaus ist auch hier ein Verwendungsnachweis erforderlich.

Die zwischengeschalteten Stellen prüfen die Projekte stichprobenartig vor Ort. Grundlage für die Kontrolle ist die Landeshaushaltsordnung (LHO), deren Vorschriften im Wesentlichen der Bundshaushaltsordnung (BHO) entsprechen, sowie die einschlägigen Verwaltungsvorschriften und entsprechende Förderrichtlinien oder -programme des Landes Bremen.

Darüber hinaus werden Kontrolltätigkeiten nach Maßgabe der Verordnung (EG) Nr. 2064/97 durchgeführt.

5.3 Ergebnisse der Kontrolltätigkeiten

Im Zusammenhang mit der Verwendung von EFRE-Geldern wurden bis zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts weder Betrugsfälle noch Unregelmäßigkeiten ermittelt.

Weitere Informationen zur Prüfung einzelner Projekte sind dem Bericht nach Artikel 8 Verordnung (EG) Nr 2064/97 zu entnehmen, der separat erstellt wird.

5.4 Maßnahmen im Anschluss an die Bemerkungen im Zusammenhang mit den Kontrollbesuchen der Gemeinschaftsinstanzen

Es fanden keine Kontrollbesuche von Gemeinschaftsinstanzen statt.

6. Anhänge

Finanztabellen

EFRE-Projektliste

Gemeinschaftsinitiative URBAN des Landes Bremen, 1994 - 1999

Finanzielle Abwicklung des Programms URBAN

Mittelbindungen und Zahlungen in DM

Entwicklungsschwerpunkte/Maßnahmen	Im Rahmen des Programms vorgesehene öffentl. Aufwendungen gesamt (Zuschüsse ohne kommunale Eigentanteile) in DM		Berichtszeitraum: 01.01.2001 - 31.12.2001					Zeitraum vom Programmbeginn bis 31.12.2001 kumuliert			
			vorgesehene öffentl. Ausgaben in DM	Mittelbindungen		Zahlungen		Mittelbindungen		Zahlungen	
				beschlossen/ genehmigt	Anteil an vorgeseh. Mitteln	geleistet	Anteil an vorgeseh. Mitteln	beschlossen/ genehmigt	Anteil an vorgeseh. Mitteln	geleistet	Anteil an vorgeseh. Mitteln
				ursprünglich	nach Anpassung	für 2001	in DM	in %	in DM	in %	in DM
	1	2	3	4	5=4/3	6	7=6/3	8	9=8/2	10	11=10/2
Belebung wirtschaftlicher Aktivitäten	9.050.000	8.848.599	-	0	-	6.103.580	-	8.848.599	100,00	8.663.449	97,91
Stärkung der zentralen Stadtteilbereiche	9.050.000	8.848.599	-	0	-	6.103.580	-	8.848.599	100,00	8.663.449	97,91
Städtebauliche Sanierung, Umwelt und Sicherheit	6.982.000	5.419.089	-	0	-	2.293.880	-	5.419.089	100,00	5.258.248	97,03
Erhaltung des alten Dorfes	6.982.000	5.419.089	-	0	-	2.293.880	-	5.419.089	100,00	5.258.248	97,03
Soziale und kulturelle Aktivitäten	8.194.000	11.479.845	-	0	-	1.162.747	-	11.479.845	100,00	11.393.877	99,25
Entwicklung stadteilbezogener Dienstleistungen	8.194.000	11.479.845	-	0	-	1.162.747	-	11.479.845	100,00	11.393.877	99,25
Begleitende Aktivitäten	770.000	557.055	-	0	-	273.500	-	557.055	100,00	553.065	99,28
Gesamt	24.996.000	26.304.588	-	0	-	9.833.707	-	26.304.588	100,00	25.868.639	98,34

Gemeinschaftsinitiative URBAN des Landes Bremen, 1994 - 1999

Finanzielle Abwicklung des Programms URBAN, nur EFRE

Mittelbindungen und Zahlungen in DM

Entwicklungsschwerpunkte/Maßnahmen	Im Rahmen des Programms vorgesehene öffentl. Aufwendungen gesamt (Zuschüsse ohne kommunale Eigentanteile) in DM		Berichtszeitraum: 01.01.2001 - 31.12.2001					Zeitraum vom Programmbeginn bis 31.12.2001 kumuliert			
			vorgesehene öffentl. Ausgaben in DM	Mittelbindungen		Zahlungen		Mittelbindungen		Zahlungen	
				beschlossen/ genehmigt	Anteil an vorgeseh. Mitteln	geleistet	Anteil an vorgeseh. Mitteln	beschlossen/ genehmigt	Anteil an vorgeseh. Mitteln	geleistet	Anteil an vorgeseh. Mitteln
				in DM	in %	in DM	in %	in DM	in %	in DM	in %
ursprünglich	nach Anpassung	für 2001	4	5=4/3	6	7=6/3	8	9=8/2	10	11=10/2	
Belebung wirtschaftlicher Aktivitäten	4.525.000	4.424.300	-	0	-	3.051.790	-	4.424.300	100,00	4.331.725	97,91
Stärkung der zentralen Stadtteilbereiche	4.525.000	4.424.300	-	0	-	3.051.790	-	4.424.300	100,00	4.331.725	97,91
Städtebauliche Sanierung, Umwelt und Sicherheit	3.491.000	2.709.545	-	0	-	1.146.940	-	2.709.545	100,00	2.629.124	97,03
Erhaltung des alten Dorfes	3.491.000	2.709.545	-	0	-	1.146.940	-	2.709.545	100,00	2.629.124	97,03
Soziale und kulturelle Aktivitäten	4.097.000	5.739.923	-	0	-	581.374	-	5.739.923	100,00	5.696.939	99,25
Entwicklung stadtteilbezogener Dienstleistungen	4.097.000	5.739.923	-	0	-	581.374	-	5.739.923	100,00	5.696.939	99,25
Begleitende Aktivitäten	385.000	278.528	-	0	-	136.750	-	278.528	100,00	276.533	99,28
Gesamt	12.498.000	13.152.294	-	0	-	4.916.854	-	13.152.294	100,00	12.934.320	98,34

EFRE-Projekte URBAN (1994 - 1999)

Entwicklungsschwerpunkte	Projektvolumen	Projektvolumen
Maßnahmebereiche	gesamt in DM	EFRE-Anteil in
Projekte		DM
Belegung wirtschaftlicher Aktivitäten	8.663.449	4.331.725
Stärkung der zentralen Stadtteilbereiche	8.663.449	4.331.725
Lindenhofstr./Ohlenhof	7.188.994	3.594.497
City-Logistik	255.822	127.911
Städtereklame	6.217	3.108
Imagekampagne	529.533	264.766
Brennpunkt Feuerwache 5	15.000	7.500
Stadtteilmanager	412.103	206.052
Weserfest	53.676	26.838
Studentenwettbewerb	5.000	2.500
Journal für Gröpelingen	197.105	98.553
Städtebauliche Sanierung, Umwelt und Sicherheit	5.258.248	2.629.124
Erhaltung des "alten Dorfes"	5.258.248	2.629.124
Nachbarschaftshaus Helene Kaisen	491.087	245.544
Dorfplatz / Quartiersplatz	1.197.855	598.928
Sicherheit im öffentlichen Raum	357.988	178.994
"Kultur vor Ort"	676.371	338.185
Torhaus Nord	2.116.000	1.058.000
Stuhmer Straße - Gemeinschaftshaus	418.947	209.473
Soziale und kulturelle Aktivitäten	11.393.877	5.696.939
Entwicklung stadtteilbezogener Dienstleistungen	11.393.877	5.696.939
Lichthaus	8.517.374	4.258.687
Kindertagesheim	1.489.663	744.832
"Wir für Gröpelingen"	152.153	76.076
Allwetterplatz Lissaer Straße	36.456	18.228
"Über Räume"	403.232	201.616
Nachbarschaft	160.000	80.000
Kinder- und Jugendfarm Ohlenhof	635.000	317.500
Begleitende Aktivitäten	553.065	276.533
Abschluss-Workshop	100.000	50.000
Abschlussfest	146.738	73.369
Erfahrungsaustausch	76.832	38.416
Publizität	229.495	114.748
Summe:	25.868.639	12.934.320

Freie
Hansestadt
Bremen



Der Senator für
Arbeit, Frauen,
Gesundheit, Jugend
und Soziales

Teil C

ESF-Abschlußbericht

zur

Gemeinschaftsinitiative URBAN des Landes Bremen 1994 - 1999

ESF Nr. 94.92.04.D8

Bremen, 15. August 2002

Kontaktadressen:

**Referat 15
Europäische Angelegenheiten, EU-Strukturfonds,
beim Senator f. Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales**

Referatsleiterin

Frau Hildegard Jansen
Tel: 0421/361-4481
Fax: 0421/361-18187
E-mail: hildegard.jansen@arbeit.bremen.de

Programmsteuerung und Berichtswesen

Herr Thorsten Armstropp, Tel.: 0421/361-6340
E-mail: thorsten.armstropp@arbeit.bremen.de

Finanzielle Abwicklung

Herr Rudolf Antonijevic, Tel.: 0421/361-2071
E-mail: rudolf.antonijevic@arbeit.bremen.de
Frau Susanne Kirst, Tel. 0421-361-2172
E-mail: susanne.kirst@arbeit.bremen.de

Publizitätsbeauftragter

Herr Rolf Meyer, Tel.: 0421/361-4620
E-mail: rolf.meyer@arbeit.bremen.de

Fax: 0421/361-18187

Inhaltsverzeichnis	Seite
1. Finanzielle Indikatoren	C.3
2. Statusbericht zum Stand der Programmumsetzung	C.3
2.1 Veränderungen im sozio-ökonomischen Umfeld	C.3
2.2 Entwicklung der Kooperationsstrukturen im institutionellen Umfeld	C.6
2.3 Öffentlichkeitsarbeit und Partnerschaftlichkeit	C.8
2.4 Akzeptanz der Projekte bei den potentiellen Adressaten	C.9
2.5 Besonders erfolgreiche Projekte	C.9
2.6 Umsetzungsaspekte des GFK/EPPDs	C.13
2.7 Verfahrensaspekte	C.14
2.8 Probleme bei der Abwicklung des Programms	C.14
2.9 Finanzielle Abwicklung	C.14
2.10 Geplante Änderungs-/Anpassungsanträge	C.14
2.11 Deckung des regionalen Qualifikationsbedarfs	C.15
2.12 Verbindung der Projekte zu Unternehmen des allgemeinen Arbeitsmarktes	C.15
2.13 Qualifikationsvermittlung	C.15
2.14 Förderung der Zusammenarbeit zwischen Bildungsträgern und Betrieben (KMU)	C.16
2.15 Abstimmung zwischen dem zuständigen Landesministerium und den betreffenden Landesarbeitsämtern und Fachgremien	C.16
Anlagen	C.17

**Abschlußbericht zum Stand der Programmumsetzung der
Gemeinschaftsinitiative „URBAN“ 1995/99
im Land Bremen**

1. Finanzielle Indikatoren:

Die Mittelbindung überstieg nach Ende der Mittelbindungsfrist am 31.12.2000 um 2 % die insgesamt verfügbaren ESF-Programmmittel in Höhe von 2.835.841 DM.

Auf die bewilligten Mittel wurden insgesamt 1.473.929,04 € (DM 2.882.754,50) ausgezahlt, was 101,7% der verfügbaren Programmmittel entspricht.

Vgl. Tab. 1.1 (Finanzielle Indikatoren pro Jahr) und Tab. 1.2 (Finanzielle Indikatoren Gesamtlaufzeit), ANLAGE 1 und 2.

2. Statusbericht zum Stand der Programmumsetzung

2.1 Veränderungen im sozio-ökonomischen Umfeld

Arbeitsmarktentwicklung/Wirtschaftsstrukturentwicklung

Die sozioökonomische Entwicklung im Lande Bremen in den Jahren 1994 bis 2000 läßt sich auf nahezu allen Ebenen in zwei Phasen einteilen: Sowohl hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Leistung, gemessen am BIP, als auch bezüglich der unterschiedlichen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt gilt das Jahr 1997 als Wendepunkt. Die erste Phase in den 90er Jahren war gekennzeichnet durch einen starken Einbruch der wirtschaftlichen Aktivitäten sowie durch eine daran anschließende Phase der Stagnation. Erst mit dem Jahre 1997 setzte eine Entwicklung ein, die jene Verluste kompensieren und schließlich erstmals wieder das Niveau von 1991 übertreffen konnte, wobei diese jüngste positive Entwicklung in einer Dimension verläuft, die dem Land Bremen wieder den Anschluß an den bundesdeutschen Trend brachte.

Unter den einzelnen Jahresergebnissen ragt vor allem das Jahr 2000 mit überdurchschnittlich hohen Zuwachsraten heraus.

Diese Dynamik der gesamtwirtschaftlichen Leistung schlug jedoch nicht in derselben Weise auf den Arbeitsmarkt durch. Sie reichte lediglich, mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung, die negativen Trends abzubremsen, so dass seit 1997 die Zahl der Arbeitslosen wieder sinkt. Sie liegt jedoch noch deutlich über dem Niveau zu Beginn der 90er Jahre. Hinsichtlich der Beschäftigungssituation war sogar konstant ein Abbau von Arbeitsplätzen zu verzeichnen. Das Wirtschaftswachstum erreichte noch keine beschäftigungswirksame Marge. Damit vergrößerte sich auch der Anteil der Arbeitslosen an den anhängigen zivilen Erwerbspersonen, d.h. die Arbeitslosenquote ist bis 1997 angestiegen und übertrifft trotz des absoluten Rückgangs an arbeitslos registrierten Personen nunmehr immer noch das Niveau von 1994 und davor. (siehe Anlage 3, Tab. 2.1 sowie 4, Tab. 2.2)

Vor dem Hintergrund einer insgesamt positiven Entwicklung seitens der wirtschaftlichen Gesamtleistung lässt sich im Ergebnis eine Korrelation zwischen Wertschöpfung und Beschäftigungsentwicklung, wie sie implizit der Programmatik der ESF-Zielumsetzung zugrunde gelegt wurde, nicht in strengem Sinne nachweisen. Das Wirtschaftswachstum im Berichtszeitraum schlug sich nicht in einer steigenden Arbeitskräftenachfrage auf dem Bremer Arbeitsmarkt nieder, woraus vor allem strukturelle Ursachen für die Unterbeschäftigung abzuleiten sind. Ein Zusammenhang zwischen der Wertschöpfung und der Beschäftigung besteht lediglich insofern, als es zu einer relativen Entspannung der Arbeitsmarktlage seit 1997 infolge des Wirtschaftswachstums gekommen ist, nicht jedoch zu einem absoluten Zuwachs der Beschäftigung; mit anderen Worten: Vor dem Hintergrund einer insgesamt abnehmenden Erwerbsbevölkerung fielen lediglich die Zugänge an Arbeitslosen weniger stark aus.

Ein Blick auf die Wirtschaftsklasse mit den günstigsten Werten zeigt, dass nicht allein konjunkturelle Ursachen dafür heranzuziehen sind, dass die Entwicklungen von Wertschöpfung und Beschäftigung schon länger nicht mehr parallel verlaufen. Der wirtschaftlich boomende Dienstleistungsbereich etwa ist dadurch gekennzeichnet, dass hier die niedrigste Beschäftigungsintensität vorliegt – gemessen am Vergleich

der Anteile an der Wertschöpfung und an der Zahl der Beschäftigten. (Vgl.: Anlage 5, Grafik 1)

Veränderungen infolge eines Strukturwandels lassen sich auch daran ablesen, dass insgesamt – über den absoluten Beschäftigungsabbau hinaus – per Saldo vermehrt Vollzeitarbeitsplätze in Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse umgewandelt worden sind. Das Sinken des Beschäftigungsvolumens bei gleichzeitig günstiger konjunktureller Lage zeigte sich darin, dass allein im sogenannten Dienstleistungssektor zwar neue Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden konnten, dieser Zuwachs im Ergebnis jedoch fast ausschließlich auf Teilzeitarbeitsplätze entfällt; damit hinkt also in diesem Falle das Beschäftigungsvolumen infolge einer Produktivitätssteigerung der Beschäftigtenzahl hinterher. Seit einigen Jahren sind in bislang personalintensiven Dienstleistungsbereichen, wie etwa im Banken- und Versicherungssektor, Konzentrations- und Rationalisierungsprozesse zu beobachten, die in diesem Ausmaß nur wenige erwartet hatten.

Nur hinsichtlich der Erwerbstätigenzahlen erscheinen die Frauen als Gewinnerinnen auf dem Arbeitsmarkt – bei allerdings insgesamt wesentlich niedrigerer Erwerbsquote der Frauen. Dieses vordergründige Bild relativiert sich jedoch dadurch, dass sowohl der Beschäftigungsrückgang als auch der Anstieg der Arbeitslosenzahlen seitens der Frauen auf annähernd demselben Niveau verläuft wie seitens der Männer – mit nur leicht besseren Werten. Teilzeitarbeit ist ferner in erster Linie nach wie vor eine Realität für Frauen. Auch hinsichtlich der Entlohnung ist zwar eine leichte Verbesserung für weibliche Beschäftigte zu registrieren; im Vergleich zur Situation der Männer besteht jedoch weiterhin ein immenser Nachholbedarf.

Im Berichtszeitraum ist per Saldo nicht nur die Zahl der Arbeitslosen angestiegen. Auch in struktureller Hinsicht kam es zu einer Verschärfung der Lage der Problemgruppen am Arbeitsmarkt. Unter allen Arbeitslosen verlief die Entwicklung für die schwervermittelbaren Arbeitslosen am ungünstigsten. Deren relative Zunahme übertraf bei weitem jene aller Arbeitsloser. Darunter waren die ausländischen Arbeitslosen die Gruppe mit der schlechtesten Entwicklung. Selbst hinsichtlich der Jugendarbeitslosigkeit führte der absolute Rückgang der Zahl der Arbeitslosen im Alter von

unter 25 Jahren dennoch zu einem Anstieg der Jugendarbeitslosenquote. Bei den arbeitslosen Sozialhilfeempfänger/innen konnte ebenfalls keine wesentliche Entspannung der Situation festgestellt werden. Die ausgesprochen positive Dynamik hinsichtlich der jährlichen Zuwachsraten des BIP seit 1997 fiel zeitlich zusammen mit leichten Verbesserungen am Arbeitsmarkt in bezug auf die Gruppe der Arbeitslosen insgesamt. In den letzten Jahren waren per Saldo Rückgangsraten von bis zu fünf Prozent und mehr zu beobachten. Momentan lässt sich jedoch noch nicht abschätzen, ob dieser Entwicklung eine kausale Beziehung zugrunde liegt oder ob hier nicht vielmehr exogene Faktoren eine Rolle spielen, wie etwa hinsichtlich demographischer Veränderungen oder Einflüssen seitens der sogenannten Erwerbsneigung. Es bleibt abzuwarten, ob sich hinter diesen positiven Signalen ein langfristiger Trend verbirgt.

2.2 Entwicklung der Kooperationsstrukturen im institutionellen Umfeld

Das Land Bremen bemühte sich nachdrücklich um die Weiterentwicklung der Kohärenz seiner arbeitsmarktpolitischen Programme und darüber hinaus - insbesondere natürlich in den Zielen 2 und 4 des ESF - aber auch bezüglich der Ziel 3 Förderung und der regionalen Gemeinschaftsinitiative „URBAN“ um eine zielgerichtete Verknüpfung seiner arbeitsmarkt- und wirtschaftsstrukturpolitischen Zielsetzungen. Zur Integration der arbeitsmarktpolitischen Programme des Landes wurde 1996 mit dem BESCHÄFTIGUNGSPOLITISCHEN AKTIONSPROGRAMM DES LANDES BREMEN (BAP) eine wesentliche Umstrukturierung eingeleitet.

Im Frühjahr 1996 stellte der Senator f. Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales das BESCHÄFTIGUNGSPOLITISCHE AKTIONSPROGRAMM DES LANDES BREMEN (BAP) der Öffentlichkeit vor. Damit knüpfte die senatorische Behörde an die positiven Erfahrungen des Wirtschaftsressorts mit der Integration der Förderinstrumente von EU, Bund und Land in einem regionalen Entwicklungskonzept - dem Wirtschaftsstrukturpolitischen Aktionsprogramm (WAP) und seiner Ergänzung /Weiterentwicklung durch das Investitionssonderprogramm (ISP) - an. Mit dem BAP wurden die arbeitsmarktpolitischen Mittel des Landes Bremen und der Städte Bremen und Bremerhaven in

einem Gesamtbudget zusammengefaßt, um die einzelnen Instrumente effizienter einsetzen zu können. Die programmatischen und finanziellen Planungen, Instrumente und Maßnahmebereiche des BAP wurden in problem- bzw. zielorientierten Fonds, Unterfonds und Programmen geordnet.

Bei der Verwaltung der ESF-Mittel im Rahmen des BAP wurden alle Verfahrensvorschriften und Grundregeln der Europäischen Kommission beachtet, so daß die angestrebte Flexibilisierung mit einem effektiven, zeitnahen Controlling und Monitoring in einer EU-konformen Weise umzusetzen war.

Im BAP sind folgende Fonds enthalten:

- I. Qualifizierungsfonds
- II. Flankierungsfonds
- III. Starthilfefonds
- IV. Beschäftigungs- und Qualifizierungsförderung Schwerbehinderter
- V. Beschäftigungsförderung nach dem SGB III
- VI. Kommunale Beschäftigungsförderung nach dem BSHG
- VII. Planungs- und Entwicklungsfonds

Die Gemeinschaftsinitiative „URBAN“ des Landes Bremen spiegelt sich in zwei Fonds des BAP - im Beschäftigungsförderungs- (V.) und im Kommunalen Beschäftigungs- und Qualifizierungsfonds (VI.) - wider.

2.3 Öffentlichkeitsarbeit und Partnerschaftlichkeit

Im Programmzeitraum organisierte oder beteiligte sich der Senator f. Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales an diversen Informationsveranstaltungen, Fachtagungen und Workshops. In diesen Veranstaltungen wurde über die vielfältigen ESF-geförderten Projekte/Maßnahmen des Landes Bremen informiert.

Zudem wurden Werbematerialien mit EU-Logos, wie Mousepads, Stoffbeutel, Schreibblöcke, Kugelschreiber, Notizklötze, Schokoladentäfelchen verteilt.

Seit April 2000 ist eine Straßenbahn der Bremer Straßenbahn AG mit der Rumpfflächenbeschriftung „Europäischer Sozialfonds“ im Bremer Stadtgebiet unterwegs. Sie fährt u. a. auch durch das Urban-Programmgebiet in Bremen-Gröpelingen.

Die Gemeinschaftsinitiative „URBAN“ wurde unter Federführung des Senators für Wirtschaft und Häfen EFRE-seitig und dem Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales (SfAFGJS) ESF-seitig im Rahmen einer ressortübergreifenden Koordinierungsgruppe umgesetzt und inhaltlich-fachlich begleitet. Über die regionalen stadtteilbezogenen Gremien und bestehenden Netzwerkstrukturen wie z.B. Ortssamt, Verbände zwischen örtlichen Beschäftigungs- und Qualifizierungsträgern und Unternehmen wurde ein hohes Maß an Bürgerbeteiligung erreicht (bottom-up-Ansatz), d.h. die Planungs- und Entscheidungsprozesse wurden durch größtmögliche Transparenz und differenzierte Partizipationsverfahren organisiert und auf Projektebene umgesetzt.

Städtebauliche, verkehrsinfrastrukturelle Sanierungsmaßnahmen, die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur und flankierender arbeitsmarktpolitischer Vorhaben, wie z.B. das Programm WIN (Wohnen in Nachbarschaft), sollten zu einer Verbesserung der Wohninfrastruktur und dem sozialen Klima beitragen.

2.4 Akzeptanz der Projekte bei den potentiellen Adressaten

Zielgruppen, und damit potentielle Adressaten der ESF-seitig geförderten arbeitsmarktpolitischen Vorhaben, waren Arbeitslose/Langzeitarbeitslose sowie ehem. drogenabhängige Stadtteilbewohner/innen mit/ohne Leistungsansprüchen nach dem SGB III.

Die Akzeptanz der Projekte durch oben genannte Zielgruppen ließ sich u.a. an folgenden Indikatoren messen: Zielgruppendichte, Verweildauer in der Maßnahme, mittelbarer und unmittelbarer Maßnahmeerfolg. Bisher vorliegende Auswertungsergebnisse zeigen, daß die Zielgruppen über die geförderten Maßnahmen, d.h. eine hohe Zielgruppendichte, erreicht werden konnte.

Die verfügbaren Beschäftigungs-/Qualifizierungsplätze konnten jahresdurchschnittlich vollständig besetzt werden, was ebenfalls ein Hinweis dafür ist, daß die Maßnahmen zielgruppenadäquat ausgestaltet waren. Insgesamt nahmen 375 TN (Frauen 85; Männer 290) an den Maßnahmen teil. Genauere Aussagen über Verbleib der Teilnehmer werden mit der angestrebten Datenlage möglich sein.

2.5 Besonders erfolgreiche Projekte

Folgende Projekte wurden im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN von 1995 bis 1999 im Land Bremen gefördert:

Soziale und infrastrukturelle Kooperation zwischen dem Amt für soziale Dienste (AfSD) und der Planungswerkstatt - Arbeitsladen und KTH (Kindertagesheim) – Ohlenhof

Die Planung und Umsetzung des Vorhabens erfolgte in enger Kooperation mit dem Amt für soziale Dienste West (AfSD) sowie der Fraueninitiative Quirl e.V. Ziel war der Aufbau und der Betrieb sozialer Dienstleistungseinrichtungen - Arbeitsladen/KTH im Rahmen eines integrierten Dienstleistungs- und Beschäftigungsprojektes.

Gegenstand des Projektes war der Aus- und Umbau eines ehemaligen Gebäudes des Sportvereins TURA in Zusammenarbeit mit der Bremischen Gesellschaft zur Stadtentwicklung, Stadterneuerung und Wohnungsbau zu einem Kindertagesheim, einem Arbeitsladen zur Realisierung eines neuen Angebotes für soziale Dienstleistungen. Eingebunden in dieses Vorhaben wurden ebenfalls stadtteilbezogene Dienstleistungsangebote des Amtes für soziale Dienste West (AfSD - West). Das KTH wird von der Fraueninitiative Quirl e.V. und der Arbeitsladen von der Planungswerkstatt betrieben.

Die Angebote orientieren sich an den Bedarfen des Stadtteils, der insbesondere wegen seines hohen Anteils sozial schwacher Familien neuartiger Projekte und neuartiger Zugänge zu sozialen Dienstleistungen bedarf. Das KTH-Angebot trug hierbei nicht nur zur Verbesserung der Betreuungssituation im Stadtteil bei, sondern leistete auch eine Beteiligung/Einbeziehung von Eltern.

Das Angebot wurde kontinuierlich in Zusammenarbeit mit dem Sanierungsträger, dem Stadtteilbeirat, dem Ortsamt sowie den Bewohnern des Stadtteils weiterentwickelt. Im Verlaufe des Projektes wurden Arbeitslose beschäftigt und qualifiziert (BSHG/ABM). Realisiert wurde ebenfalls ein niedrighschwelliges Angebot von kurzfristig und zeitlich befristete Beschäftigungsmöglichkeiten zur Arbeitserprobung von arbeitslosen Sozialhilfeempfänger/innen.

Das Vorhaben wurde in Kooperation mit

- dem Amt für Soziale Dienste West,
 - der Fraueninitiative Quirl e.V.,
 - Bremischen Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau GmbH als Sanierungsträger,
 - dem Stadtteilbeirat,
 - Baufirmen,
 - Weiterbildungseinrichtungen
- u.a. durchgeführt.

Ziel dieses Projektes war eine unmittelbare Verknüpfung von sozialen Dienstleistungen mit konkreten, stadtteilbezogenen Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten insbesondere arbeitsloser Bewohner sowie dem Aufbau sozialer Kontakt- und Beratungsstrukturen.

Finanziert wurde die Maßnahme durch:

- Der Senator für Wirtschaft und Häfen (EFRE),
- Der Senator f. Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales,
- Bremischen Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau GmbH,
- Werkstatt Bremen,
- Bundesanstalt für Arbeit und
- Arbeitsamt Bremen

Förderungsdauer der Maßnahme:	01.05.1997 – 28.02.2001
Förderungssumme ESF Mittel:	976.027 €
Förderungssumme gesamt:	3.081.626 €

Stadtteilerneuerung

Qualifizierung und Beschäftigung für Langzeitarbeitslose beim Bau der Kinder- und Jugendfarm „Ohlenhof“

Inhalt des Projektes war der Bau einer Kinder- und Jugendfarm in Bremen – Ohlenhof. Neben reitpädagogischen Angeboten bietet die Einrichtung vorrangig Spiel-, Erlebnis- und Lernmöglichkeiten in den Bereichen Kleintierhaltung, Garten, Natur, vor allem für Kinder und Jugendliche des Stadtteiles. Es wurden ebenfalls generationsübergreifende Angebote durchgeführt. Ziel des Projektes war der Aus- und Umbau bestehender Gebäude resp. deren bauliche Integration in einen Holzneubau. Einbezogen in die Bauplanung und Bauausführung wurden Fachfirmen. Das Projekt führte im Rahmen der Qualifizierung und Beschäftigung für Langzeitarbeitslose durch. Die Qualifizierung erfolgte z.T. in Kooperation mit anerkannten Weiterbildungseinrichtungen, z.T. im Rahmen der baulichen Ausführungen vor Ort. Das Qualifizierungskon-

zept sah neben traditionellen Ausbildungsinhalten auch Schwerpunkte im Bereich „Bauökologie“ vor. Betriebspraktika wurden durchgeführt. Durch die Beteiligung von unterschiedlichen Fachfirmen bei der Bauplanung und Bauausführung sollte die Integration der TN in den ersten Arbeitsmarkt unterstützt und verbessert werden.

Die inhaltliche Ausgestaltung der Kinder- und Jugendfarm erfolgte mit dem Stadtteilbeirat, mit den örtlichen Schulen, Kindertagesheimen, Kindergärten und stadtteilbezogenen Initiativen (bottom-up-Ansatz).

Finanziert wurde das Projekt durch den:

- Senator für Wirtschaft und Häfen und
- Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

Förderungsdauer der Maßnahme:	01.02.1997 – 28.02.2000
Förderungssumme ESF Mittel:	411.009 €
Förderungssumme gesamt:	1.215.926 €

Kombi-Maßnahme zur Qualifizierung und Beschäftigung Langzeitarbeitslose im EDV-Bereich – Internet-Club

Ziel des Vorhabens war die Durchführung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für im Stadtteil lebende Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger, vorwiegend ehemals drogenabhängige und suchtgefährdete Menschen.

Im Programmgebiet URBAN erfolgte eine Verbesserung der Infrastruktur durch die Schaffung und Verschönerung öffentlicher Einrichtungen und Anlagen sowie die Renovierung von Gebäuden zur Nutzung sozialer und kultureller Aktivitäten.

Die durchgeführten Vorhaben waren u.a.:

- Schulhofgestaltung auf dem Gelände der Fischerhuder Str.,
- Planung, Gestaltung und ausführende Arbeiten für Spielanlagen in Gröpelingen (Gohgräfenstr., Bromberger Str.),

- Grundsanierung, Aus- und Umbau eines Hauses in der Morgenlandstr. zur späteren Nutzung für eine Wohngemeinschaft von ehemals Drogenabhängigen im Rahmen des "Betreuten Wohnens" sowie
- Zusammenarbeit mit Stadtteilinitiativen, Einrichtungen und Trägern beruflicher Weiterbildung.

Des Weiteren sollten neue Formen der Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen und Einrichtungen unter Einbeziehung betroffener Bevölkerungsgruppen entwickelt werden. Langfristiges Ziel war die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen über Kontakte zu ortsansässigen Firmen unter Nutzung von Arbeitsförderungsmaßnahmen, Qualifizierung und betrieblicher Praktika.

Über den Verlauf der Beschäftigung und die Teilnahme an Qualifizierungsmodulen wurde ein interner Personalentwicklungsbogen geführt. Dessen Fazit wurde zum Ende der Maßnahme den Beschäftigten in Form eines qualifizierten Zeugnisses ausgehändigt.

Der Träger realisierte eine Zusammenarbeit mit den relevanten Ressorts, den freien Trägern und lokalen Unternehmen. Kooperationsvereinbarungen gab es mit dem Berufsbildungswerk des DGB, der Arbeiterwohlfahrt Bremen, der Bremischen Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH, der Schule Fischerhuder Str. und der Spielplatzinitiative Bromberger Str.

Förderungsdauer der Maßnahme:	01.12.1999 – 28.02.2001
Förderungssumme ESF Mittel:	86.892 €
Förderungssumme gesamt:	269.925 €

2.6 Umsetzungsaspekte des GFK/EPPDs

Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative "URBAN" wurde der Stadtteil Gröpelingen bestehend aus den Ortsteilen Gröpelingen, Ohlenhof und Lindenhof von der Kommission der Europäischen Union als Fördergebiet anerkannt. Für die Umsetzung des

Programms standen insgesamt ca. 8,2 Mio. Euro (einschließlich Indexierungsmittel für die Jahre 95/96/ Euro= 1,91672 DM) zur Verfügung; hiervon entfielen auf den ESF 1,48 Mio. Euro (sowie auf den EFRE 6,72 Mio. Euro. Die Programmumsetzung erfolgte im Rahmen einer kohärenten Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsstrukturpolitik in enger Zusammenarbeit der Ressorts Arbeit und Wirtschaft des Landes Bremen.

2.7 Verfahrensaspekte

Die Programmmittel wurden zu über 100% gebunden und entsprechend an die Maßnahmeträger ausgezahlt.

2.8 Probleme bei der Abwicklung des Programms

Innerhalb der Förderperiode 1995 - 1999 wurden gegen die Maßnahmeträger „Planungswerkstatt e.V.“ und „Bremer Hilfe“ staatsanwaltschaftliche Ermittlungen eingeleitet. Während die Ermittlung gegen den erstgenannten Projektträger zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen sind, wurde gegen die Bremer Hilfe Anklage erhoben.

Grundlage von vorliegenden Unregelmäßigkeitsmeldung war lediglich die Tatsache, dass gegen die genannten Projektträger staatsanwaltschaftliche Ermittlungen eingeleitet wurden. Konkrete Hinweise darauf, dass durch den ESF und EFRE geförderte Projekte tangiert waren, lagen und liegen nicht vor. Vor diesen Hintergrund wurden die Schlussbescheide erstellt und die Mittel an beide Projektträger ausgezahlt.

2.9 Finanzielle Abwicklung

Siehe die Erläuterungen unter 1. und 2.7 sowie die Anlagen 1 und 2 zu diesem Bericht.

2.10 Geplante Änderungs-/Anpassungsanträge

Auf der Grundlage der bisherigen Programmumsetzung waren keine Änderungs- bzw. Anpassungsanträge vorgesehen. Die für die Programmlinie E "Initiierende und

begleitende Hilfen" vorgesehenen ESF-Mittel in Höhe von 143.707 DM (5% der Programmmittel) wurden unter der Programmlinie D "Schwerpunkt IV: Qualifizierung" subsumiert.

2.11 Deckung des regionalen Qualifikationsbedarfs

Die geförderten Projekte wurden unter Beteiligung und in enger Absprache mit den zuständigen Dienststellen der Bundesanstalt für Arbeit und dem Träger der Sozialhilfe in der Stadt Bremen (Werkstatt Bremen) geplant und umgesetzt.

2.12 Verbindung der Projekte zu Unternehmen des allgemeinen Arbeitsmarktes

Die bewilligten Projekte wurden in enger Zusammenarbeit mit Betrieben und zu einem erheblichen Teil in Auftragsvergabe realisiert. Durch diese Kooperation und durch systematisch in die Projekte eingebundene Betriebspraktika war eine enge Verbindung zu Unternehmen des ersten Arbeitsmarktes sichergestellt.

2.13 Qualifikationsvermittlung

Die überwiegend in Kombination von Beschäftigung und Qualifizierung durchgeführten flankierenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen richteten sich an arbeitslose/langzeitarbeitslose und arbeitslose ehem. drogenabhängige Stadtteilm Bewohner/innen. Die Maßnahmen orientierten sich in der inhaltlichen und konzeptionellen Ausgestaltung, unter Berücksichtigung der beruflichen Voraussetzungen und den Lernerfahrungen der Zielgruppen, vorrangig auf die Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt sowie auf anerkannte Berufsabschlüsse im Rahmen von Teil- und Vollzeitqualifizierungen. Wo dies nicht unmittelbar möglich war, wurden die TN über Förderketten auf höherwertige Qualifizierungen vorbereitet. Bei Übergängen in das Beschäftigungs- und Ausbildungssystem (einschließlich Fort- und Weiterbildung) wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch ein differenziertes Beratungsangebot unterstützt.

2.14 Förderung der Zusammenarbeit zwischen Bildungsträgern und Betrieben (KMU)

Die Kooperation zwischen Beschäftigungs-, Bildungsträgern und Betrieben insbesondere der gewerblichen Wirtschaft sowie Dienstleistungseinrichtungen im Rahmen von Verbundsystemen konnten durch stadtteilbezogene Netzwerkstrukturen intensiviert werden. Von besonderer Bedeutung waren:

- Direkte Kooperationen zwischen den Beschäftigungs- und Weiterbildungsträgern im Rahmen von Maßnahmen durch Auslagerung von Qualifizierungseinheiten an die Weiterbildungsträger,
- Maßnahmeübergreifende Qualifizierungseinheiten (Bauverbund) und
- Kooperation mit Betrieben der gewerblichen Wirtschaft

2.15 Abstimmung zwischen dem zuständigen Landesministerium und den betreffenden Landesarbeitsämtern und Fachgremien.

Die Projekte wurden unter Beteiligung und in enger Absprache mit den zuständigen Dienststellen der Bundesanstalt für Arbeit und dem Träger der Sozialhilfe in der Stadt Bremen (Werkstatt Bremen) geplant und umgesetzt. Die Programmumsetzung wurde begleitet durch eine "Ressortübergreifende Koordinierungsgruppe" bestehend aus Vertreterinnen/ Vertretern:

- des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales (Fondsverwalter ESF),
- des Senators für Bau und Umwelt,
- des Senators für Wirtschaft und Häfen, (Fondsverwalter EFRE, federführend),
- der Bremischen Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau GmbH,
- der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH,
- des Ortesamtes West und
- dem Amt für Wohnung und Städtebauförderung

Anlagen:

Anlage 1 (Tab. 1.1)

Anlage 2 (Tab. 1.2)

Anlage 3 (Tab. 2.1)

Anlage 4 (Tab. 2.2)

Anlage 5 (Grafik 1)

ESF-Projektliste



Bericht für den Begleitausschuß zu: GI-URBAN

Anlage 1, Tabelle 1.1: Finanzielle Indikatoren pro Jahr Alle Beträge in DM

05.02.2003

Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend & Soziales des Landes Bremen

Seite 1 Jahr: 1994

Daten berücksichtigt bis incl. 31.12.1994

Bewilligungen und Auszahlungen für Maßnahmen im Rahmen des Programms (1 Tabelle je Programm und Jahr)

Land Bremen ESF-Nr. 949 204 D8 ursprüngl. Genehmigung K (95) 2463 vom 06.11.1995

Maßnahme Nr. lt. OP	Beschreibung	Gesamtausgaben für 1994			ESF-Zuschuß für 1994		
		geplant*)	bewilligt ***)	gezahlt**)	geplant*)	bewilligt	gezahlt
d	URBAN: Schwerpunkt IV: Qualifizierung	0	0	0	0	0	0
Summe Programmlinie d		0	0	0	0	0	0
e	URBAN: Initiierende und begleitende Hilfen	0	0	0	0	0	0
Summe Programmlinie e		0	0	0	0	0	0
Total		0	0	0	0	0	0

*) Programmplanwerte lt. genehmigtem OP vom 06.11.1995

***) Auszahlungen von ESF-Mitteln lt. Haushaltsdaten, Gesamtauszahlungen lt. Schlußverwendungsnachweis (SVN) bzw. bewilligter Finanzierung (Jahresanteile)

****) anteilige zuschußfähige Kosten der Projekte lt. SVN bzw. Bewilligung

Bewilligungen und Auszahlungen für Maßnahmen im Rahmen des Programms (1 Tabelle je Programm und Jahr)

Land Bremen ESF-Nr. 949 204 D8 ursprüngl. Genehmigung K (95) 2463 vom 06.11.1995

Maßnahme Nr. lt. OP	Beschreibung	Gesamtausgaben für 1995			ESF-Zuschuß für 1995		
		geplant*)	bewilligt ***)	gezahlt**)	geplant*)	bewilligt	gezahlt
d	URBAN: Schwerpunkt IV: Qualifizierung	1.494.633	0	0	673.034	0	0
Summe Programmlinie d		1.494.633	0	0	673.034	0	0
e	URBAN: Initiierende und begleitende Hilfen	71.854	0	0	35.927	0	0
Summe Programmlinie e		71.854	0	0	35.927	0	0
Total		1.566.487	0	0	708.961	0	0

*) Programmplanwerte lt. genehmigtem OP vom 06.11.1995

**) Auszahlungen von ESF-Mitteln lt. Haushaltsdaten, Gesamtauszahlungen lt. Schlußverwendungsnachweis (SVN) bzw. bewilligter Finanzierung (Jahresanteile)

***) anteilige zuschußfähige Kosten der Projekte lt. SVN bzw. Bewilligung

Bewilligungen und Auszahlungen für Maßnahmen im Rahmen des Programms (1 Tabelle je Programm und Jahr)

Land Bremen ESF-Nr. 949 204 D8 ursprüngl. Genehmigung K (95) 2463 vom 06.11.1995

Maßnahme Nr. lt. OP	Beschreibung	Gesamtausgaben für 1996			ESF-Zuschuß für 1996		
		geplant*)	bewilligt ***)	gezahlt**)	geplant*)	bewilligt	gezahlt
d	URBAN: Schwerpunkt IV: Qualifizierung	1.793.561	0	0	807.640	0	0
Summe Programmlinie	d	1.793.561	0	0	807.640	0	0
e	URBAN: Initiierende und begleitende Hilfen	86.225	0	0	43.112	0	0
Summe Programmlinie	e	86.225	0	0	43.112	0	0
Total		1.879.786	0	0	850.752	0	0

*) Programmplanwerte lt. genehmigtem OP vom 06.11.1995

**) Auszahlungen von ESF-Mitteln lt. Haushaltsdaten, Gesamtauszahlungen lt. Schlußverwendungsnachweis (SVN) bzw. bewilligter Finanzierung (Jahresanteile)

***) anteilige zuschußfähige Kosten der Projekte lt. SVN bzw. Bewilligung

Bewilligungen und Auszahlungen für Maßnahmen im Rahmen des Programms (1 Tabelle je Programm und Jahr)

Land Bremen ESF-Nr. 949 204 D8 ursprüngl. Genehmigung K (95) 2463 vom 06.11.1995

Maßnahme Nr. lt. OP	Beschreibung	Gesamtausgaben für 1997			ESF-Zuschuß für 1997		
		geplant*)	bewilligt ***)	gezahlt**)	geplant*)	bewilligt	gezahlt
d	URBAN: Schwerpunkt IV: Qualifizierung	896.780	1.335.432	1.335.432	403.820	242.112	217.800
Summe Programmlinie	d	896.780	1.335.432	1.335.432	403.820	242.112	217.800
e	URBAN: Initiierende und begleitende Hilfen	43.112	0	0	21.556	0	0
Summe Programmlinie	e	43.112	0	0	21.556	0	0
Total		939.892	1.335.432	1.335.432	425.376	242.112	217.800

*) Programmplanwerte lt. genehmigtem OP vom 06.11.1995

**) Auszahlungen von ESF-Mitteln lt. Haushaltsdaten, Gesamtauszahlungen lt. Schlußverwendungsnachweis (SVN) bzw. bewilligter Finanzierung (Jahresanteile)

***) anteilige zuschußfähige Kosten der Projekte lt. SVN bzw. Bewilligung

Bewilligungen und Auszahlungen für Maßnahmen im Rahmen des Programms (1 Tabelle je Programm und Jahr)

Land Bremen ESF-Nr. 949 204 D8 ursprüngl. Genehmigung K (95) 2463 vom 06.11.1995

Maßnahme Nr. lt. OP	Beschreibung	Gesamtausgaben für 1998			ESF-Zuschuß für 1998		
		geplant*)	bewilligt ***)	gezahlt**)	geplant*)	bewilligt	gezahlt
d	URBAN: Schwerpunkt IV: Qualifizierung	896.780	2.000.029	2.000.029	403.820	1.031.225	797.614
Summe Programmlinie	d	896.780	2.000.029	2.000.029	403.820	1.031.225	797.614
e	URBAN: Initiierende und begleitende Hilfen	43.112	0	0	21.556	0	0
Summe Programmlinie	e	43.112	0	0	21.556	0	0
Total		939.892	2.000.029	2.000.029	425.376	1.031.225	797.614

*) Programmplanwerte lt. genehmigtem OP vom 06.11.1995

**) Auszahlungen von ESF-Mitteln lt. Haushaltsdaten, Gesamtauszahlungen lt. Schlußverwendungsnachweis (SVN) bzw. bewilligter Finanzierung (Jahresanteile)

***) anteilige zuschußfähige Kosten der Projekte lt. SVN bzw. Bewilligung

Bewilligungen und Auszahlungen für Maßnahmen im Rahmen des Programms (1 Tabelle je Programm und Jahr)

Land Bremen ESF-Nr. 949 204 D8 ursprüngl. Genehmigung K (95) 2463 vom 06.11.1995

Maßnahme Nr. lt. OP	Beschreibung	Gesamtausgaben für 1999			ESF-Zuschuß für 1999		
		geplant*)	bewilligt ***)	gezahlt**)	geplant*)	bewilligt	gezahlt
d	URBAN: Schwerpunkt IV: Qualifizierung	896.780	2.642.325	2.642.312	403.820	721.779	863.791
Summe Programmlinie	d	896.780	2.642.325	2.642.312	403.820	721.779	863.791
e	URBAN: Initiierende und begleitende Hilfen	43.112	0	0	21.556	0	0
Summe Programmlinie	e	43.112	0	0	21.556	0	0
Total		939.892	2.642.325	2.642.312	425.376	721.779	863.791

*) Programmplanwerte lt. genehmigtem OP vom 06.11.1995

**) Auszahlungen von ESF-Mitteln lt. Haushaltsdaten, Gesamtauszahlungen lt. Schlußverwendungsnachweis (SVN) bzw. bewilligter Finanzierung (Jahresanteile)

***) anteilige zuschußfähige Kosten der Projekte lt. SVN bzw. Bewilligung

Bewilligungen und Auszahlungen für Maßnahmen im Rahmen des Programms (1 Tabelle je Programm und Jahr)

Land Bremen ESF-Nr. 949 204 D8 ursprüngl. Genehmigung K (95) 2463 vom 06.11.1995

Maßnahme Nr. lt. OP	Beschreibung	Gesamtausgaben für 2000			ESF-Zuschuß für 2000		
		geplant*)	bewilligt ***)	gezahlt**)	geplant*)	bewilligt	gezahlt
d	URBAN: Schwerpunkt IV: Qualifizierung	0	2.608.111	2.608.106	0	900.902	820.891
Summe Programmlinie	d	0	2.608.111	2.608.106	0	900.902	820.891
e	URBAN: Initiierende und begleitende Hilfen	0	0	0	0	0	0
Summe Programmlinie	e	0	0	0	0	0	0
Total		0	2.608.111	2.608.106	0	900.902	820.891

*) Programmplanwerte lt. genehmigtem OP vom 06.11.1995

**) Auszahlungen von ESF-Mitteln lt. Haushaltsdaten, Gesamtauszahlungen lt. Schlußverwendungsnachweis (SVN) bzw. bewilligter Finanzierung (Jahresanteile)

***) anteilige zuschußfähige Kosten der Projekte lt. SVN bzw. Bewilligung

Bewilligungen und Auszahlungen für Maßnahmen im Rahmen des Programms (1 Tabelle je Programm und Jahr)

Land Bremen ESF-Nr. 949 204 D8 ursprüngl. Genehmigung K (95) 2463 vom 06.11.1995

Maßnahme Nr. lt. OP	Beschreibung	Gesamtausgaben für 2001			ESF-Zuschuß für 2001		
		geplant*)	bewilligt ***)	gezahlt**)	geplant*)	bewilligt	gezahlt
d	URBAN: Schwerpunkt IV: Qualifizierung	0	390.517	390.517	0	-13.264	182.659
Summe Programmlinie	d	0	390.517	390.517	0	-13.264	182.659
e	URBAN: Initiierende und begleitende Hilfen	0	0	0	0	0	0
Summe Programmlinie	e	0	0	0	0	0	0
Total		0	390.517	390.517	0	-13.264	182.659

*) Programmplanwerte lt. genehmigtem OP vom 06.11.1995

**) Auszahlungen von ESF-Mitteln lt. Haushaltsdaten, Gesamtauszahlungen lt. Schlußverwendungsnachweis (SVN) bzw. bewilligter Finanzierung (Jahresanteile)

***) anteilige zuschußfähige Kosten der Projekte lt. SVN bzw. Bewilligung



Bericht für den Begleitausschuß zu: GI-URBAN

Anlage 2 Tabelle 1.2: Finanzielle Indikatoren Gesamtlaufzeit Alle Beträge in DM

05.02.2003

Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend & Soziales des Landes Bremen

Bewilligungen und Auszahlungen für Maßnahmen im Rahmen des Programms

Daten berücksichtigt bis incl. 31.12.2001

Land Bremen ESF-Nr. 949 204 D8 ursprüngl. Genehmigung K (95) 2463 vom 06.11.1995

Maßnahme Nr. lt. OP	Beschreibung	Gesamtausgaben			ESF-Zuschuß		
		geplant*)	bewilligt ***)	gezahlt**)	geplant*)	bewilligt	gezahlt
d	URBAN: Schwerpunkt IV: Qualifizierung	5.978.534	8.976.415	8.976.397	2.692.134	2.882.754	2.882.755
Summe Programmlinie d		5.978.534	8.976.415	8.976.397	2.692.134	2.882.754	2.882.755
e	URBAN: Initiierende und begleitende Hilfen	287.415	0	0	143.707	0	0
Summe Programmlinie e		287.415	0	0	143.707	0	0
Total		6.265.949	8.976.415	8.976.397	2.835.841	2.882.754	2.882.755

*) Programmplanwerte lt. genehmigtem OP vom 06.11.1995

**) Auszahlungen von ESF-Mitteln lt. Haushaltsdaten, Gesamtauszahlungen lt. Schlußverwendungsnachweis (SVN)

***) zuschußfähige Kosten der Projekte lt. SVN bzw. Bewilligung

Anlage 3:

Tabelle 2.1: Entwicklung des Bestandes an Langzeitarbeitslosen im Land Bremen, in den Arbeitsamtsbezirken Bremen und Bremerhaven sowie im Bundesgebiet West in den Jahren 1998 bis 2000, differenziert nach Geschlecht

	Land Bremen			Arbeitsamtsbez. Bremen			Arb.amtsbez. Bremerhaven			Bundesgebiet West		
	1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000	1998	1999	2000
Arbeitslose insges.	46.355	43.885	41.128	40.168	38.316	35.759	15.208	14.088	13.309	2.904.339	2.755.527	2.529.374
Männer	27.865	26.487	24.777	23.730	22.690	21.031	9.132	8.357	7.930	1.640.797	1.535.525	1.398.119
Frauen	18.490	17.397	16.351	16.438	15.626	14.728	6.076	5.731	5.380	1.263.543	1.220.002	1.131.256
Frauenanteil	39,9	39,6	39,8	40,9	40,8	41,2	40,0	40,7	40,4	43,5	44,3	44,7
Langzeitarbeitslose	18.168	17.349	16.359	15.157	14.553	13.967	6.237	5.882	5.309	1.070.174	988.912	918.564
Männer	11.131	10.878	10.389	9.201	9.013	8.665	3.757	3.545	3.270	599.169	545.701	502.024
Frauen	7.037	6.471	5.970	5.955	5.540	5.302	2.481	2.338	2.040	471.005	443.210	416.539
Frauenanteil	38,7	37,3	36,5	39,3	38,1	38,0	39,8	39,7	38,4	44,0	44,8	45,3
Anteil d. LZA an allen Alos	39,2	39,5	39,8	37,7	38,0	39,1	41,0	41,8	39,9	36,8	35,9	36,3
Männer	39,9	41,1	41,9	38,8	39,7	41,2	41,1	42,4	41,2	36,5	35,5	35,9
Frauen	38,1	37,2	36,5	36,2	35,5	36,0	40,8	40,8	37,9	37,3	36,3	36,8

Jahresdurchschnittszahlen. Zum Arbeitsamtsbezirk Bremerhaven rechnen auch Teile des niedersächsischen Umlandes, weshalb die Summe der beiden Arbeitsamtsbezirke nicht übereinstimmt mit der Abgrenzung Bundesland Bremen.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Eckwerte des Arbeitsmarktes, aus dem Internet unter: <http://www.arbeitsamt.de>.

Anlage 4:

Tabelle 2.2.: Entwicklung des Bestandes an Arbeitslosen im Land Bremen, in den Arbeitsamtsbezirken Bremen und Bremerhaven sowie im Bundesgebiet West in den Jahren 1991 bis 2000, differenziert nach Geschlecht

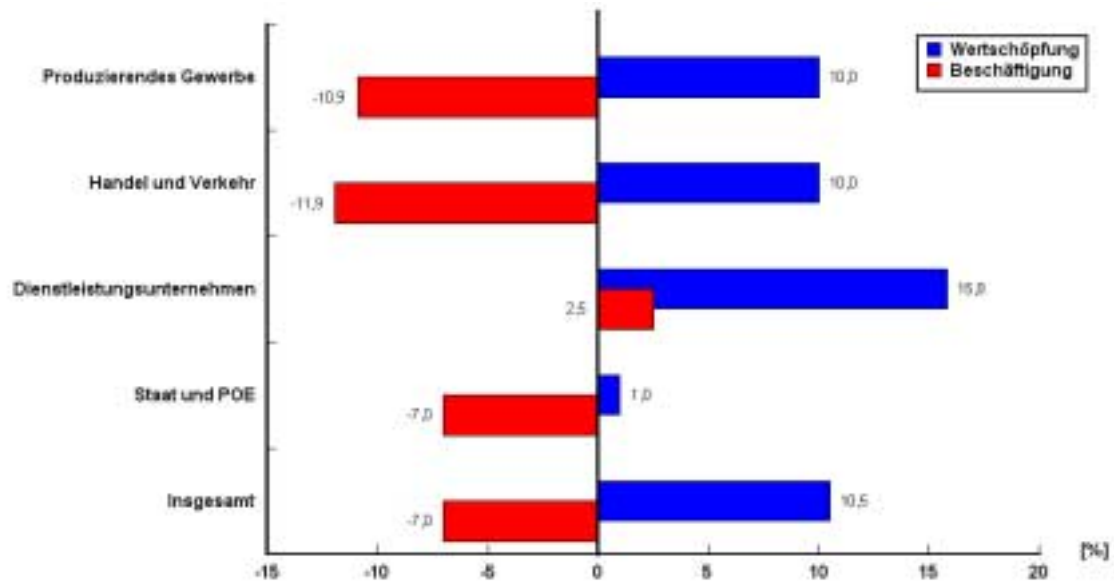
	Land Bremen			Arbeitsamtsbezirk Bremen			Arbeitsamtsbez. Bremerhaven			Bundesgebiet West			
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	
1991	31.629	17.963	13.666	26.479	14.424	12.055	9.981	5.990	3.991	1.691.382	889.807	801.576	
1992	31.532	18.256	13.276	26.447	14.698	11.749	10.209	6.162	4.047	1.811.683	982.586	829.097	
1993	36.638	21.980	14.658	31.072	18.054	13.018	11.926	7.383	4.543	2.264.273	1.271.734	992.539	
1994	40.155	24.196	15.959	34.025	20.060	13.965	13.188	8.113	5.075	2.545.913	1.454.133	1.091.780	
1995	40.343	24.250	16.093	34.266	20.227	14.039	13.421	8.142	5.278	2.551.997	1.454.936	1.097.061	
1996	44.374	26.881	17.493	38.133	22.712	15.421	14.631	8.940	5.691	2.782.025	1.607.357	1.174.668	
1997	46.951	28.222	18.729	40.566	23.969	16.597	15.347	9.347	6.000	3.020.900	1.740.717	1.280.183	
1998	46.355	27.865	18.490	40.168	23.730	16.438	15.208	9.132	6.076	2.904.339	1.640.796	1.263.543	
1999	43.885	26.487	17.397	38.316	22.690	15.626	14.088	8.357	5.731	2.755.527	1.535.525	1.220.002	
2000	41.128	24.777	16.351	35.759	21.031	14.728	13.309	7.930	5.380	2.529.374	1.398.119	1.131.256	
Saldo 94/00	abs.	973	581	392	1.734	971	763	121	-183	305	-16.538	-56.014	39.476
	in %	2,42	2,40	2,45	5,10	4,84	5,46	0,92	-2,26	6,00	-0,65	-3,85	3,62

Jahresdurchschnittszahlen. Zum Arbeitsamtsbezirk Bremerhaven rechnen auch Teile des niedersächsischen Umlandes, weshalb die Summe der beiden Arbeitsamtsbezirke nicht übereinstimmt mit der Abgrenzung Bundesland Bremen.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Eckwerte des Arbeitsmarktes, aus dem Internet unter: <http://www.arbeitsamt.de>.

Anlage 5:

Grafik 1: Vergleich der Entwicklung der Wertschöpfung und der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten per Saldo der Jahre 1994 bis 1998 im Land Bremen, differenziert nach Wirtschaftsabschnitten



Quelle: Eigene Berechnungen nach Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte P I 1-70/98, ausgegeben im Juli 1999.

Anmerkung: POE = Private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck.

ESF-Projektliste

Az.	Projekt-Kurzbez.	Projektbezeichnung	Projekt Instrument	Träger-Kurzbez.	Träger-Name	Projektbeginn /Projektende
968 001.1	Internet-Club	Kombi-Maßn. zur Qualifizierung u. Beschäftigung von LZA im EDV-Bereich		Planungswerkstatt	Planungswerkstatt in Bremen e. V.	01.12.1999/ 28.02.2001
968 010.1	Statteilerneuerung	Stadteilerneuerung QiB	ABM+BSHG-Kombination + Qualifizierung	Bremer Hilfe	Bremer Hilfe zur Selbsthilfe e. V.	01.08.1999/ 28.02.2000
968 009.1	Quali Bau Urban	Kombi-Maßnahme zur Qualifizierung und Beschäftigung in Bauberufen		Planungswerkstatt	Planungswerkstatt in Bremen e. V.	01.06.1999/ 28.02.2001
968 008.1	Kontor Lindenhof 3	Qualifizierung und Beschäftigung im Rahmen eines sozialen und infrastrukturellen Kooperationsprojektes zwischen Planungswerkstatt und dem AfSD Mitte-West und Bau der Erlebnisfarm „Ohlenhof“		Planungswerkstatt	Planungswerkstatt in Bremen e. V.	01.10.1999/ 28.02.2001
968 007.1	Kontor Lindenhof 2	Qualifizierung und Beschäftigung im Rahmen eines sozialen und infrastrukturellen Kooperationsprojektes zwischen Planungswerkstatt und dem AfSD Mitte-West und Bau der Erlebnisfarm „Ohlenhof“	BSHG 19.2	Planungswerkstatt	Planungswerkstatt in Bremen e. V.	01.07.1998/ 30.09.1999
968 006.1	Quab. 2	Stadteilerneuerung/Qualifizierung in Beschäftigung	ABM+BSHG-Kombination + Qualifizierung	Bremer Hilfe	Bremer Hilfe zur Selbsthilfe e. V.	01.06.1998/ 30.09.1999

Az.	Projekt-Kurzbez.	Projektbezeichnung	Projekt Instrument	Träger-Kurzbez.	Träger-Name	Projektbeginn /Projektende
968 004.1	Kontor Lindenhof 1	Qualifizierung und Beschäftigung im Rahmen eines sozialen und infrastrukturellen Kooperationsprojektes zwischen Planungswerkstatt und dem AfSD Mitte-West und Bau der Erlebnisfarm „Ohlenhof“	ABM+BSHG-Kombination + Qualifizierung	Planungswerkstatt	Planungswerkstatt in Bremen e. V.	01.05.1997/ 31.07.1999
968 003.1	Stadteilerneuerung	Stadteilerneuerung/Qualifizierung in Beschäftigung	ABM+BSHG-Kombination + Qualifizierung	Bremer Hilfe	Bremer Hilfe zur Selbsthilfe e. V.	01.12.1997/ 31.05.1998